



Diese Glosse ist ein Nachruf. Es gibt sie nicht mehr, die gute alte Universitätsbuchhandlung: Was ehemals „Ziehank“ war, nennt sich nun vertrauenswürdig-grün „lehmanns media“, und es müssten schon Wunder geschehen, wenn mit den Buchstaben über der Tür nicht auch die guten alten Zeiten verschwänden. Das Gute bleibt? Das war zu hoffen, schließlich gehört die ehemalige Qualitätsbuchhandlung schon seit einigen Jahren zum Buchmarktriesen. Doch mit dem Umbau folgte der Tragödie zweiter Teil: Die alte Theke ist jetzt ein „Counter“, durch's Angebot schwirren „eBooks“ und „eJournals“, und der Kunde, austauschbar wie das neue Design, sammelt fleißig Premium-Fleiß-Treue-Super-Mega-Bonus-Punkte. Doch wollen wir nicht in allgemeinen Kulturpessimismus verfallen. Schließlich kennen wir die Ursachen dieser scheußlichen Entwicklung: It's the economy, stupid! Man muss eben mit der Zeit gehen (grün), dem Fortschritt folgen (Öffnungszeitenverkürzung), die Massen bedienen (Jura-Ecke). Wir hätten es wissen müssen: Immer fängt es mit einer harmlosen Verkaufsflächenminimierung an – und am Ende sieht doch alles aus wie bei Thalia. Noch drei Wochen, und die Regale zieren Plüschhäschen und Aloe-Vera-Seifen... Oh, die gibt es ja schon. Doch seien wir ehrlich: Einmal muss es vorbei sein. Und so wollen wir uns einreden: Da war nichts mehr zu machen, lange schon krankte der Patient, das Ende war absehbar. Vielleicht ist es sogar besser so! – Ruhe in Frieden, Universitätsbuchhandel – Vergangenheit, seit 2011. Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir abzusehen. (kgr)

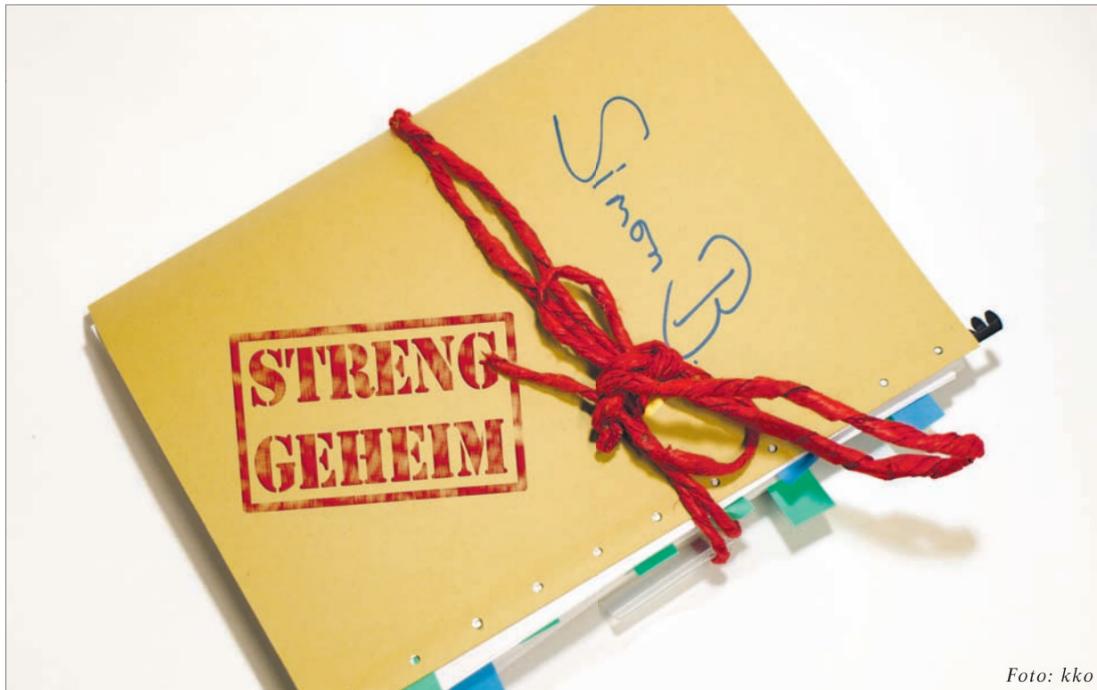


Foto: kko

Ein Jahr Simon B.

Aufklärung scheitert an Geheimhaltung

Am 12. Dezember jährt sich die Enttarnung des Verdeckten Ermittlers Simon B. Der Fall rief bundesweit Politiker und Überwachungsgegner auf den Plan, die eine umfassende Aufklärung und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit forderten. Viel bewegt hat sich seither nicht.

Vor einem Jahr, da verliefen die Fronten noch eindeutig. SPD und Grüne, damals noch Opposition im baden-württembergischen Landtag, forderten lautstark die Aufklärung des Einsatzes von Simon B. als Verdeckter Ermittler. Die schwarz-gelbe Regierung indes mauerte.

Der vermeintliche Linksaktivist und Student Simon B. war im Dezember 2010 von der Kritischen Initiative (KI), einer studentischen Hochschulgruppe der Universität Heidelberg als Verdeckter Ermittler enttarnt worden. Der Polizist war über eine zufällig wiedergetroffene Urlaubsbekanntschaft gestolpert.

In einer Pressemitteilung zitierte die Kritische Initiative Simon B. anschließend mit der Aussage, dass sein Einsatz auf Jahre angelegt gewesen sei und eigentlich der Antifaschistischen Initiative gegolten habe. Einen konkreten Strafverdacht, zu dem er ermitteln sollte, habe es nicht gegeben.

Der Einsatz des Verdeckten Ermittlers warf und wirft dabei zahlreiche Fragen auf. Noch immer ist unzureichend geklärt, wem genau der Einsatz gegolten hat. Auch die Diskussion um die Rechtmäßigkeit des Einsatzes ist nach wie vor ohne Ergebnis.

Kurz nach Bekanntwerden des Falles richteten Abgeordnete der damaligen Oppositionsparteien Grüne und SPD mehrere Kleine Anfragen an die schwarz-gelbe Landesregierung. Auch der heutige Innenminister Reinhold Gall (SPD) beteiligte sich an einer solchen Anfrage. Die Antworten auf diese Anfragen fielen jedoch unter Berufung auf Geheimhaltungskriterien dürrig aus.

Im März kam der Regierungswechsel, und mit der schwarz-gelben Regierung schwand auch der Widerstand gegen die Geheimhaltung. Die grün-rote Regierung mit Innenminister Gall mauerte plötzlich ebenso wie zuvor der CDU-Innenminister Heribert Rech. (smo)

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

Uneinig

sind sich Claudia Roth und Wolfgang Seibert darüber, ob die NPD verboten werden sollte. Ihre Argumente findet ihr auf **Seite 2**

Unbesucht

blieb die Demonstration des Bildungsstreiks am 17. November. Warum dieses Jahr so wenig los war, erfahrt ihr auf **Seite 4**

Unterstützung

für Hauptschüler bietet die von Studenten geleitete Initiative „Rock Your Life!“. Ein Porträt des Vereins findet ihr auf **Seite 5**

Unfertig

aber in Arbeit ist Heidelbergs 15. Stadtteil, die Bahnstadt. Mehr über das Projekt und Zukunft des Areal steht auf **Seite 6**

Unmenschlich

Eine Studie zeigt jetzt, was soziale Vernetzung Außenstehenden antun kann. Mehr darüber gibt es auf **Seite 7**

Ungleich

Eine Besprechung der Mannheimer Ausstellung zum 150. Geburtstag der deutsch-japanischen Beziehungen lest ihr auf **Seite 8**

Ungezwungen

plauderte der neue Theaterintendant Holger Schultze mit unseren Redakteuren. Das Interview gibt es auf **Seite 10**

Unruhen

haben die ersten Parlamentswahlen in Ägypten seit über 30 Jahren verursacht. Hintergründe dazu auf **Seite 11**

Zahl des Monats

102

Facebook-Fans

—
hat der *ruprecht* schon.
Ihr findet uns unter „ruprecht – Heidelberger Studierendenzeitung“.

(Stand 04.12.2011)

Streit um die „Berliner Mauer“

Neue Universitätsgebäude stoßen in der Bevölkerung auf Kritik

Für die einen ist es eine hässliche „Berliner Mauer“, für die anderen eine Visitenkarte der Universität. An der Berliner Straße, wo sich im Moment noch Parkplätze befinden, sollen mehrere Universitätsgebäude entstehen, darunter auch das sogenannte Mathematikon. Seit einiger Zeit wird dieses Projekt hitzig diskutiert. Über den Stand der Planung wurde am 1. Dezember die Öffentlichkeit informiert.

Das Mathematikon ist ein Geschenk der Klaus-Tschira-Stif-

fung an die Universität Heidelberg. Es soll die Forschung in Mathematik und Informatik stärken. In den neuen Gebäuden sollen das Institut für angewandte Mathematik, das Mathematische Institut, das Institut für Informatik und das IWR (Interdisziplinäres Zentrum für Wissenschaftliches Rechnen) untergebracht werden. Diese Institute sind derzeit noch quer über das Feld verteilt.

Entlang der Berliner Straße im Neuenheimer Feld sollen neue Forschungseinrichtungen, ein Hotel

und neuer Raum für Gastronomie und Lebensmittelgeschäfte entstehen. Dieser aus dem „Entwicklungskonzept Berliner Straße“ von 2008 entstandene Plan würde somit eine verbesserte Präsenz und breitere Wahrnehmung des Universitätscampus ermöglichen. Am 10. November wurde vom Heidelberger Gemeinderat beschlossen, für das Mathematikon und das Campus-Hotel einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan einzuleiten. Doch regt sich auch Unmut über die der-

zeitige Ausarbeitung des Bauvorhabens.

So sieht der derzeitige Plan vor über eine Strecke von 450 Metern an der Berliner Straße verschiedene Gebäude zu errichten. Beginnend an der Mönchhofstraße direkt neben dem Institut für Zoologie soll das Mathematikon entstehen, welches zwei Bauteile beinhaltet: Einen kleineren im Süden, und einen größeren im Norden. (tle)

Fortsetzung auf Seite 4

Gefahr von Rechts

Sollte die NPD verboten werden?

Nach dem Tod der beiden Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos sowie der Verhaftung Beate Zschäpes, allesamt Mitglieder des „Nationalsozialistischen Unter-

grund“, wanderte der Blick der Gesellschaft nach rechts. Nachdem Kontakte zwischen den Terroristen und der NPD bekannt geworden waren, wurden auch Rufe nach einem NPD

Verbot wieder laut. Der Sinn dieser Forderung ist indes ebenso umstritten wie eine Strategie, mit der dauerhaft gegen Rechtsradikalismus vorgegangen werden könnte. (dsd, smo)

JA

Claudia Roth

Bundenvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen



Foto: privat

Die Neonazi-Mordserie hat uns alle aufgeschreckt. Die Verbrechen sind ein massiver Anschlag auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Es ist unfassbar und nur schwer zu glauben, dass in Deutschland über fast eine Dekade Morde und Anschläge aus rechtsextremen Motiv heraus geschehen konnten. Der Fakt, dass die verantwortlichen PolitikerInnen und Behörden in Bund und Ländern offenbar auf dem rechten Auge blind waren, ist unerträglich.

Rechtsextremes und rassistisches Gedankengut ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. So erreichte die NPD bei den letzten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern in manchen Gegenden zweistellige Ergebnisse und wurde in einigen Gemeinden gar stärkste Kraft. Ganz nach dem Motto „Nadelstreifen und Baseballschläger“ verfolgen rechtsextreme und rassistische Gruppen ein doppeltes Spiel, um mit Präsenz vor Ort für gesellschaftliche Akzeptanz und mit Gewaltbereitschaft im Hintergrund für Anerkennung in der Szene zu sorgen. Die ideologische Nähe von Schlägern in den freien Kameradschaften und den Schlipsträgern in der NPD hat sich zu einer direkten Kooperation ausgeweitet. Inzwischen sind auch die Verbindungen der NPD zu den aufgedeckten rechtsterroristischen Strukturen offensichtlich. Das alles muss endlich Konsequenzen haben.

Es ist für mich nicht mehr hinnehmbar, dass sich rechtes Gedankengut hinter dem Parteienprivileg versteckt und verfassungsfeindliche Inhalte mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Ich setze mich daher für ein Verbotverfahren ein, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Die Bundesregierung muss Beweise für ein Verfahren sammeln, Verfas-

sungs-Hindernisse beseitigen und die Aussicht eines solchen Verfahrens prüfen. Auch die Rolle von V-Leuten muss geprüft werden. Generell bezweifeln wir, dass V-Leute innerhalb der NPD einen Beitrag dazu leisten, Gewalt zu verhindern. Wir denken, dass ihre Arbeit und Engagement sogar zur Stabilisierung der Partei beitragen. Schon beim ersten, gescheiterten Verbotverfahren 2003 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass eine Partei, die Gewalttaten fördert, dringens verboten werden müsse. Damals gab es noch keine Hinweise darauf, doch jetzt sind sie unübersehbar.

Ich bin mir bewusst, dass ein Verbot im Kampf gegen rechte Ideologien kein Allheilmittel sein kann. Aber gerade die staatliche Finanzierung und das Auftreten als demokratische Partei ermöglicht es der NPD, handlungsfähig zu bleiben, im öffentlichen Raum aufzutreten und ihre Parolen zu verbreiten.

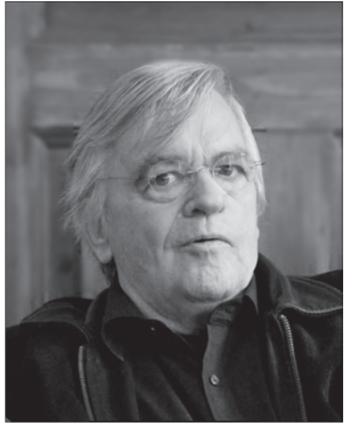
Ein Verbot kann nur nachhaltig Wirkung entfalten, wenn es für die organisierten Neo-Nazis keine Ausweichmöglichkeiten in andere Strukturen gibt und demokratische Arbeit in Jugendzentren und Schulen angeboten wird. Hierzu gehören auch der konsequente Ausbau von AussteigerInnenprogrammen, die über EXIT hinausgehen.

Ich fordere auch die sofortige Abschaffung der Extremismus-Klausel, welche unnötigerweise die Arbeit von Vereinen und Organisationen gegen Rechts behindert. Eines muss aber klar sein: Das Verbot der NPD wird den Hass und die Gewalt der Neonazis nicht beseitigen. Doch damit würden die menschenverachtenden Strukturen der Rechtsextremisten einen schweren Schlag erhalten.

NEIN

Wolfgang Seibert

Vorsitzender der jüdischen
Gemeinde Pinneberg



Es ist für mich ohne jeden Zweifel, dass es sich bei der NPD um eine rechtsradikale, neofaschistische, rassistische und antisemitische Partei handelt. Wenn man dies zugrunde legt, erübrigt sich die Frage nach der Verfassungswidrigkeit dieser Partei. Die liegt ganz klar auf der Hand. Auf der Hand liegt auch die Verbindung der NPD zu den terroristischen Aktionen der Nazigruppe aus Thüringen und die enge Zusammenarbeit mit den äußerst gewaltbereiten „Freien Kameradschaften“.

Fast reflexartig folgen auf solche Erkenntnisse wieder die Forderungen nach einem Verbot der NPD. Verständlich, aber es sei die Frage gestattet, was ein Verbot bringen würde. Es gäbe keinen Geldfluss mehr zwischen der NPD und den Freien Kameradschaften, weil die NPD verboten wäre und keine staatlichen Gelder mehr für die gewaltbereiten Kameraden zur Verfügung stünden und dadurch ihre propagandistische Arbeit erschwert würde.

Ist dadurch etwa die nationalsozialistische Einstellung eines Teils der deutschen Bevölkerung verschwunden? Schön wär's. Tatsache ist, dass sich durch ein Verbot der NPD daran nichts ändern würde. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass bis jetzt indifferente Menschen die NPD plötzlich in einer Art Märtyrerrolle sehen und sich in ihrem braunen Gedankengut bestätigt sehen.

Aus Sicht vieler Staatschützer, man mag zu ihrer Arbeit stehen wie man will, ist ein Verbot der NPD eine rein populistische Massnahme. Sie sagen, dass es leichter ist eine legale Partei zu beobachten als eine verbotene, die sich im Untergrund formiert und dann unter neuem Namen wieder auftaucht. Auch für viele Antifaschisten, die eine hervorragende Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, wäre ein

Verbot ein Erschwernisfaktor für ihre Arbeit.

Keine Probleme mehr nach NPD Verbot? Das ist oft ein Argument der Politiker und vieler Medien. Damit könnte man wunderbar davon ablenken, dass etwas nicht stimmt in Deutschland. Seit dem Einzug der NPD in einige deutsche Parlamente wird der Neofaschismus endlich als ernsthafte gesellschaftspolitische Gefahr gesehen. Wo die NPD keine Wahlerfolge verzeichnet, verharmlosen die Politiker und tun so, als ob es kein Problem gebe. Ein Verbot der NPD hätte den gleichen Effekt, plötzlich existiert kein Problem, da es die Nazipartei nicht mehr gibt.

Auch die Bedingungen für ein NPD Verbot sind seit dem letzten Versuch nicht besser geworden. Noch immer sind viele V-Leute des Verfassungsschutzes und der anderen Staatschützer am Werk. Wohin das führen kann, haben wir in den letzten Wochen gesehen. Es sieht auch nicht so aus, als würden die V-Leute in nächster Zeit abgezogen. Nach den Morden der Neonazis aus Zwickau scheinen die Politiker entschlossen, ein neues Verbotverfahren durchzuziehen. Der Ausgang dieses Verfahrens ist völlig ungewiss. Wenn der neue Verbotantrag wieder scheitert, verhilft der Staat den Nazis zu einem weiteren Triumph nach dem ersten gescheiterten. Kann man mit einem Verbot erreichen, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verschwinden? Kann man damit erreichen, dass keine Synagogen und jüdische Friedhöfe mehr geschändet werden? Klar und eindeutig: Nein. Nötig ist eine gute Aufklärungsarbeit und hier sind Politiker, Schulen, Universitäten und Vereine gefordert.

Leserbriefe zum Artikel „Von hohen Damen und Füchsinnen“ in Ausgabe 134

von Jonas Bust-Bartels

Mit Schrecken las ich den Artikel im aktuellen ruprecht über die Verbindung Nausikaa und darin enthalten Werbung für rückwärtsgewandte Klischees.

Nicht genug, dass der ruprecht unverfroren Werbung (mit Homepageangabe) für die Verbindung macht und ihre Funktion und Wirken verharmlost („Die Verbindung ist nur eine Freundschaft für's Leben“), nein auch ganz dreist wird behauptet, dass der rechteste Dachverband der Verbindungen (Deutsche Burschenschaft) kein rechtes Spektrum sei, wobei ihr selber ja die Problematik kennen solltet. Die Verbindung verfolgt ein zutiefst konservatives Weltbild, die einer emanzipativen Gesellschaft widersprechen.

von Jenny Genzmer

Eva Klein „bedauert, dass sich außenstehende Personen oft vorschnell eine Meinung bilden“ findet es „schade, dass so viele Vorurteile über Verbindungen durch bloßes Nichtwissen entstehen“.

Weshalb legt Nausikaa, angesichts eines solchen Medienrummels um den intendierten Ausschluss von Kai Ming Au von Seiten der Burschenschaftlichen Gemeinschaft aus dem gemeinsamen Dachverband der Deutschen Burschenschaft, keine aussagekräftige Stellungnahme vor?

Die Strukturen und unterschiedlichen (un)politischen Färbungen des Verbindungswesens führen, wie Kathrin Wenz' Artikel gezeigt hat, schnell zu Verwirrungen und Miss-

verständnissen. Jedem Artikel über das Verbindungswesen müsste man, wollte man diesem Umstand entgegenwirken, eine Überblickgrafik mit erklärenden Sätzen über das „Rechts- und Nicht-Rechts-Sein“ vorausschicken.

Ist es während einer Debatte über rassistische Strömungen im Deutschen Verbindungswesen nicht eher angebracht, sich eindeutig zu positionieren, anstatt sich auf sein „Unpolitisch-Sein“ zu berufen, aus Diskussionen rauszuhalten und dann zu wundern, weshalb Außenstehende so schlecht von einem denken?

Es ist nicht Aufgabe der Presse, das staubige Verbindungsimago aufzupolieren – dieser Artikel hat das aber traurigerweise angenommen.

von Anonym

Lieber ruprecht,

Auf welchem Niveau begeben Sie sich? Seid Sie doch im klaren, was Sie in eurem Artikel „Von Hohen Damen und Füchsinnen“ verbreiten? Sie schreiben „jedoch nicht zum rechten Spektrum“, was soll das denn bedeuten? Dass Kooperationen nicht selber rechts sind? Spinnst Sie jetzt total?

Hat mal nicht wer auf der Homepage der Nausikaa nachgelesen, für was Sie stehen? Frauenemanzipation durch Elite, vertreten Sie solch einen Ansatz?

Die Nausikaa ist kein Freundchaftskreis, sondern ein elitärer Zusammenschluss, mit einem klaren nationalistischen Ansatz! Stellt diesen Artikel richtig!!!

Das ist eine Frechheit. Sie verbreiten Lügen, denn Lüge ist auch, wenn ich gewisse Sachen nicht sage, nicht nur, wenn ich falsches sage.

Schreibt auf eure Homepage sofort eine Gegendarstellung, indem Sie schreiben, was die Nausikaa tatsächlich ist: Elitär, Nationalistisch, gegen Feminismus! Und schreiben einen ausführlichen Artikel in der nächsten Druckausgabe.

Unsere Adresse für eure Meinung: post@ruprecht.de.
Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.
Wir behalten uns vor, Einsendungen zu kürzen.

Europa am Scheideweg

Georgios Matsos über die Möglichkeiten Griechenlands in der Krise

Georgios Matsos ist Gastwissenschaftler am Institut für Finanz- und Steuerrecht in Heidelberg. Wir trafen ihn anlässlich seines Vortrags „Europa am Scheideweg. Die griechische Finanzkrise.“ Der 1973 in Griechenland geborene promovierte Jurist spricht in unserem Interview über die Ursachen der griechischen Finanz- und Wirtschaftskrise, die Rolle der laufenden Sparprogramme und einen Austritt Griechenlands aus dem Euro als Alternative zum gegenwärtigen Kurs.

Das Gespräch führten Rebecca Reinhardt und Reinhard Lask.

Herr Matsos, wie beurteilen Sie die aktuelle Situation Griechenlands?

Die Wirtschaftslage ist sehr schlecht. Anfangs fürchtete man, dass Griechenland durch die Sparprogramme in eine „Todesspirale“ gelangen könnte. Dies ist jetzt tatsächlich eingetreten. Aufgrund der knappen Finanzierung der Wirtschaft, sowohl durch den Staat als auch durch die Banken, mussten viele Unternehmen schließen.

Zudem kommt es zu erheblich verzögerten Lohnzahlungen: Es gibt Unternehmen, die bis zu zwölf Monate nicht zahlen. Man fragt sich, wovon die Leute überhaupt leben. Gerade diese allgegenwärtige Bankrottstimmung zerstört alles. Aufgrund der Rezession erhöht sich das Staatsdefizit trotz der Sparmaßnahmen. Es gibt keine Investitionen, nichts bewegt sich nach vorne.

Die Griechen fühlen sich in der Krise gefangen und sehen keinen Ausweg.

Inwieweit sind die Ursachen in Griechenland zu suchen und welche Rolle spielt die Euro-Mitgliedschaft?

Man muss sich fragen, inwieweit die Euro-Mitgliedschaft derzeit eine effektive Finanzierung Griechenlands und damit mögliche Auswege aus der Krise verhindert. Die Frage ist, ob man heute auf eigenen Beinen stehen kann bei einer „fremden“ Währung, über die man keine Kontrolle hat. Der Euro war für gute Zeiten entworfen.

Wie war das zu Beginn der Krise?

Die Euro-Mitgliedschaft hat am Anfang der Krise 2009 keine Rolle gespielt. Griechenland hatte die Weltwirtschaftskrise 2008 und 2009 gut überstanden. Die hohen Defizite resultierten damals daraus, dass die Defizitbekämpfungspolitik nach 2004 überwiegend auf starkem Wachstum basierte. Als das Wachstum endete, hatte Griechenland ein höheres Defizitproblem als andere Eurostaaten.

2010 wäre es noch möglich gewesen, die Verschuldung mit vernünftigen Sparmaßnahmen und einer Politik zu bekämpfen, die das Wachstum nicht behindert.

Im April 2010 hat sich die griechische Regierung leider für ein Hilfspaket der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) entschieden, anstatt weiter eigene Finanzierungslösungen zu suchen. Die Regierung ließ es so aussehen, als ob es keine andere Möglichkeit gegeben hätte. Doch das war nicht so.

War das eine präventive Entscheidung?

Nein. Die Kreditwürdigkeit Griechenlands wurde absichtlich zerstört, damit das Volk keine andere Wahl hatte, als die Entscheidung für das Hilfspaket zu unterstützen. Schließlich habe Griechenland keine Löhne und Pensionen mehr zahlen können. Nur wenige, dazu zählte auch ich, haben damals den Aussagen der Regierung nicht geglaubt.

Sie glauben, dass die Regierung die Kreditwürdigkeit des eigenen Landes zerstört hat?

Ja. Ende 2009 und 2010 war die Schwarzmalerei der Regierung überall. Wenn die Situation tatsächlich so schlecht gewesen wäre, hätte die Regierung zumindest Sparmaßnahmen treffen müssen. Diese hatte man Europa versprochen, aber sie kamen nicht. Erst am 3. März 2010 hat man die ersten Sparmaßnahmen beschlossen. Fast sechs Monate hatte die Regierung Papandreou vorher die Wirtschaft schlechtgeredet.

Es gibt starke Indizien, dass sogar Statistiken verfälscht wurden, um das Defizit größer darzustellen.

Die Bild-Zeitung hat viel darüber geschrieben, dass das griechische Volk zu wenig arbeiten würde und die Rentenzahlungen zu hoch seien. Gehörte das auch zur Propaganda?

Das hat nicht die Bild-Zeitung zuerst gesagt, sondern unser Ministerpräsident. Die ausländischen Zeitungen haben das nur übernommen. Das waren auch ganz schöne Schlagzeilen.

Welches Interesse hatte die Regierung daran?

Das ist nicht klar. Eine fast harmlose Erklärung wäre, dass die Regierung nicht der Bösewicht sein wollte, der die Sparmaßnahmen beschließt, sondern Sündenbocke suchte. Das waren der IWF und Deutschland.

Deutsche Medien haben das gut unterstützt durch einschlägige Schlagzeilen. In Wahrheit gehen die Griechen nicht zu früh in Rente. Es gab solche Regelungen mal in den 80er Jahren, doch um 2009 kaum noch. Nur bei Militärangehörigen ist das etwas anders, wie auch in anderen Ländern. Das hat auch damit zu tun, wie lange man beim Militär nützlich sein kann.

Das ist also nicht der Grund, warum Griechenland heute Defizite hat?

Nein. Griechenland hatte 2009 Defizite wegen der Weltkrise. Punkt. Natürlich hatte man auch wirtschaftliche Probleme. Unsere Wirtschaft ist zwar keine Top-Wirtschaft, dass aber nun die Kreditwürdigkeit seit anderthalb Jahren völlig zerstört ist und für nicht absehbare Zeit bleibt, ist einmalig innerhalb der letzten 100 Jahre. Was gerade bei uns passiert, ist nicht normal.

Was sehen Sie jetzt für Alternativen?

Die erste Möglichkeit wäre eine EU-Finanzierung ohne neue Sparmaßnahmen, bei der die bereits bestehenden beibehalten werden; zumindest für absehbare Zeit, bis Überschüsse erwirtschaftet werden. Das lässt sich mit den bestehenden Sparmaßnahmen schaffen.

Eine Alternative wäre die Rückkehr zur nationalen Währung, also zur Drachme. Man hat 180 Jahre mit der Drachme gelebt und zumindest in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts gut damit gelebt. Die Transitionsturbulenzen und



Foto: hcm

Georgios Matsos im Gespräch über die Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland und deren Folgen für Europa

die Probleme der ersten Jahre nach der Rückkehr, in denen man nur geringes Vertrauen in die neue Währung haben wird, kann man allmählich überwinden. Die griechische Wirtschaft könnte aber unter nationaler Währung überleben und wachsen.

Ist denn die Rückkehr zur Drachme so leicht zu realisieren? Gibt es da keine rechtlichen Hindernisse?

Die gibt es auch beim griechischen Bail-out und der Finanzierung durch die Europäische Zentralbank. Nur redet man darüber nicht. Bezüglich einer Abkehr vom Euro gibt es keine ausdrücklichen Verbote. Eine einstimmige Entscheidung der EU-Staaten wäre eine ausreichende rechtliche Basis dafür.

Führte eine Rückkehr zur Drachme nicht zu erheblicher Kapitalflucht? Würde es dann nicht noch schwerer, die in Euro gemachten Schulden zurückzuzahlen?

Es gibt bereits seit zwei Jahren eine starke Kapitalflucht. Die griechischen Banken sind dadurch fast schon zerstört worden. Wenn man die Rückkehr blitzschnell umsetzt, würde sie die Kapitalflucht beenden. Ein noch geringeres Vertrauen in die griechische Wirtschaft als derzeit kann ich mir nicht vorstellen. Daher kann die Drachme die Lage nicht mehr verschlechtern.

Und die Schulden?

Die griechischen Euro-Bonds müssten in Drachmen umgewertet werden, nicht aber die Darlehen der Hilfspakete. Wenn die ausländischen Banken Probleme mit der Bondsumwertung bekommen,

müsste jeder Staat seinen Banken helfen, aber nicht Griechenland.

Man hilft also nicht dem einzelnen Eurostaat, sondern den eigenen Banken, die auf den Euro vertraut haben. Dadurch könnte die Rückkehr zur Drachme sowohl für Griechenland erfolgreich sein, als auch für die Europartner, für die Banken und die Staaten. Also die Staaten bekommen noch Euro, die Banken dagegen Drachme mit Unterstützung, wenn es soweit ist und man dies braucht.

Wäre die Rückkehr zur eigenen Währung auch für andere Staaten eine Option?

Das kann ich nur schwer einschätzen. Heute sind zwar deren Probleme nicht so schwerwiegend wie die von Griechenland. Wenn es aber in Italien, Spanien, Portugal und Irland weiter solche Sparmaßnahmen gibt, wird es zu einer ähnlichen Situation kommen wie in Griechenland.

Das Problem sind die Sparmaßnahmen und die Finanzierungs-knappheit. Alle Problemländer leiden darunter. Die Sparmaßnahmen müssen vernünftig und daher begrenzt sein. Die Finanzierung der Wirtschaft muss zwar nicht großzügig, aber jedenfalls ausreichend sein. Heute gibt es Finanzierungsprobleme in allen südeuropäischen Staaten und das führt gerade zur Katastrophe.

Ist der Euro als gemeinsame Währung an sich das Problem oder seine Konstruktion?

Darum geht es nicht. Griechenland hat derzeit nur ein Finanzierungsproblem und braucht nun aufgrund

des Scheiterns der Hilfspakete tatsächlich eine EU-Finanzierung für begrenzte Zeit, bis die Staatsdefizite abgebaut sind. Die heftigen Sparmaßnahmen sind nur deswegen nötig, weil die Eurostaaten sonst innenpolitische Schwierigkeiten bekämen, die Finanzierung beim eigenen Volk zu rechtfertigen.

Die ideale Lösung wäre eine quasi bedingungslose Finanzierung für Griechenland innerhalb des Euro, die auf etwa anderthalb Jahre begrenzt wäre. Dann würde man bereits gute Ergebnisse sehen.

Wenn Griechenland und andere Staaten den Euro verlassen, ist die gemeinsame Währung dann gescheitert?

Nein. Die Erfahrung mit Griechenland zeigt, dass es so nicht weitergehen kann wie bisher. Es würde den Euro eher retten, wenn man Griechenland und anderen Staaten die Möglichkeit gäbe, eine eigene Währung zu führen. Man könnte sogar eine spätere Rückkehr in den Euro ermöglichen, wenn die Staaten in 10 oder 20 Jahren ihre Probleme gelöst haben.

Was wird passieren, wenn alles so weitergeht wie bisher?

Wenn man weiter auf die Sparmaßnahmen besteht, würde sich die Situation Griechenlands weiter verschlechtern. Die Wirtschaft würde noch tiefer in die „Todesspirale“ gelangen. Das Staatsdefizit würde sich trotz aller Maßnahmen weiter erhöhen. Die Bankrottstimmung würde alles zerstören.

Wenn das alle sagen, ergibt das eine selbsterfüllende Prophezeiung. Die erfüllt sich gerade.

KI geht in die Offensive

Fortsetzung Seite 1: „Ein Jahr Simon B.“

„Die Landesregierung hat nach meiner Kenntnis im Rahmen der rechtlich zulässigen Möglichkeiten alles getan, um den Fall des Einsatzes eines verdeckten Ermittlers in Heidelberg aufzuklären. Nach meiner Einschätzung sind alle Fragen im Zusammenhang mit diesem Fall beantwortet“, so der SPD-Abgeordnete Walter Heiler, Vorsitzender des Innenausschusses, gegenüber dem *ruprecht*.

Bekannt ist mittlerweile, dass der Einsatz auf Grundlage von § 22 Abs. 3 des Polizeigesetzes zur Vorbeugung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung erfolgt sein soll. Dabei hat Simon B. nach Angaben des Innenministeriums Daten von insgesamt elf Personen erhoben. Vier von ihnen seien inzwischen über die Erhebung unterrichtet.

Der Einsatz habe sich somit weder gegen die „linke Szene“ allgemein noch die „Antifaschistische Initiative“ als Organisation gerichtet, betont auch der Innenausschussvorsitzende Walter Heiler. Diese Interpretation teilt die Kritische Initiative nicht. „Der Verdeckte Ermittler Simon Bromma war in vielen Gruppen aktiv“, schreibt sie in einer Stellungnahme.

Ebenfalls umstritten ist nach wie vor, ob der Einsatz des Verdeckten Ermittlers rechtmäßig erfolgte. Nach § 22 Abs. 3 sind konkrete Hinweise auf die Planung oder das Begehen von „Straftaten mit erheblicher Bedeutung“ Grundlage der Observierung – ein Vorwurf, den Aktivisten aus der Kritischen Initiative sowie der Antifaschistischen

Initiative Heidelberg vehement abstreiten.

Von politischer Seite bemühte sich zuletzt nur noch der innenpolitische Sprecher der Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, um weitere Aufklärung. Im September hat er eine weitere Kleine Anfrage gestellt, deren Antwort gewohnt dürftig ausfiel. Auch Sckerl wirkt erschöpft. In einem Interview mit Radio Dreyeckland gab er kürzlich an, dass die Grenzen parlamentarischen Handelns erreicht seien. Das Ministerium habe in dieser Angelegenheit „Geheimhaltungskriterien“ verhängt, gegen die auch ein Untersuchungsausschuss nicht ankommen könne.

An diesen Geheimhaltungskriterien droht nun auch das Gerichtsverfahren zu scheitern, mit dem einige Betroffene eine umfassende Aufklärung des Einsatzes und die Feststellung seiner Unrechtmäßigkeit anstreben. Die Heidelberger Polizeidirektion hat bereits Sperrvermerke der Akten zur Anordnung des Einsatzes beantragt. Sollte dem stattgegeben werden, würden die Akten weder dem Anwalt der Betroffenen noch den zuständigen Richtern zur Verfügung gestellt.

Die KI geht angesichts der unklaren Fronten in die Offensive. Anlässlich der Innenministerkonferenz und dem Jahrestag der Enttarnung haben die Aktivisten vom 12. bis 16. Dezember eine Aktionswoche organisiert. Sie soll die Mauer aus Schweigen mit Hilfe der Öffentlichkeit durchbrechen. Den Abschluss bildet am 17. Dezember eine große Demonstration. (smo)

Bildungsstreik auf Dauer

Demo am 17. November war erst der Anfang

Wie der *ruprecht* berichtete, fand am 17. November erneut eine Bildungsstreik-Demonstration statt. In Anlehnung an die Occupy-Bewegung hieß das Motto der bundesweiten Proteste „Occupy Education – Freie Bildung statt Freie Banken“. Im Vergleich zu den Bildungsstreik-Demonstrationen in Heidelberg der vergangenen Jahre fiel diese jedoch relativ klein aus.

Den Grund dafür sieht Miriam vom Bildungsstreikbündnis in der Organisation. Das erste Bündnistreffen war am 21. Oktober, die Demonstration knappe vier Wochen danach. „Wir haben die Demonstration extrem kurzfristig aus dem Boden gestampft, dafür ist das Ergebnis gar nicht so schlecht“, erklärt sie. Die Stimmung war allerdings gut. Laut Miriam waren ungefähr 300 bis 400 Leute da, die Polizei rechnet mit ungefähr 240 Personen. Im Vergleich dazu waren es bei der Bildungsstreik-Demonstration im Juni 2009 zwischen 5000 (laut Polizei) und 7000 (laut Veranstalter) Demonstranten. Wie auch in den Jahren zuvor fordert das Bildungsstreik-Bündnis die Abschaffung aller Bildungsgebühren und der Zulassungsbeschränkungen. Besonders wichtig ist ihnen außerdem die Reform der Beschlüsse aus dem Bologna-Prozess und die Einführung der Gesamtschule.

Miriam erklärt, dass das Bildungsstreik-Bündnis in Heidelberg dieses Semester versucht, sich längerfristig zu organisieren. Genauere Pläne, in welche Richtung dies führen könnte, gibt es allerdings noch nicht. „Da

wir das Bündnis erst im Oktober neu gegründet haben, gibt es noch keinen fertigen Beschluss, was wir konkret machen wollen“, sagt Jakob. Jetzt muss man sich erst einig darüber werden, was genau erreicht werden will. „Momentan ist das



2009 gab es mehr Demonstranten.

noch ein etwas loser Haufen, wir müssen noch zusammenwachsen“, meint Miriam.

Fest steht auf jeden Fall, dass das Bündnis wachsen will. Jeder, der mitmachen möchte, kann sich beteiligen. „Wir freuen uns sehr, wenn noch mehr Leute kommen“, meint Jakob. (amw)

Das Bündnis trifft sich jeden Freitag um 17:30 Uhr in den Räumlichkeiten der Fachschaftskonferenz in der Albert-Ueberle-Straße 3-5.

Kommentar

von Michael Abschlag

Als im Sommer 2009 zum ersten Mal der bundesweite Bildungsstreik ausgerufen wurde, kam es in ganz Deutschland zu Massenprotesten. In siebzig deutschen Städten gingen zehntausende Studenten auf die Straße und besetzten Hörsäle.

Eine der Hauptforderungen war die Abschaffung der Studiengebühren. Nun steht sie kurz bevor – womit damals wohl nur wenige gerechnet hatten. Doch nun droht dem Streik das Schicksal vieler Revolutionen: Die Spaltung in diejenigen, die ihre Forderungen erfüllt sehen und aufhören, und diejenigen, die weitermachen. Als das Bildungsstreikbündnis zum Protestmarsch am 17. November aufrief, marschierten nicht, wie 2009, hunderte zum Uniplatz, sondern nur ein paar Dutzend.

Viele der Forderungen seien noch nicht erfüllt. Und das stimmt: Die Studiengänge sind nicht weniger verschult als zuvor, und auch der angestrebten studentischen Mitbestimmung ist man nicht viel nähergekommen. Doch will der Bildungsstreik auch in Zukunft erfolgreich sein, so wird er seine Ziele und ihre Dringlichkeit, von der er spricht, noch besser vermitteln müssen; sonst bleiben ihm die Demonstranten aus.

Mehr Verkehr befürchtet

Fortsetzung von Seite 1: „Streit um ‚Berliner Mauer““

Der kleinere Bauteil A im Süden soll ein neues Institutsgebäude für die Mathematische Fakultät bereitstellen, der größere Bauteil B im Norden vor allem für die Gastronomie und die Nahversorgung nutzbar gemacht werden. Des Weiteren sollen in den oberen Etagen Büroflächen für die Universität entstehen.

Zu guter Letzt soll schließlich noch ein „Campus-Hotel“ nördlich der Straße Am Neuenheimer Feld, direkt im Anschluss an den Technologiepark, entstehen. In diesem Gebäude sollen dann nicht nur Ambulanzpatienten der Uniklinik untergebracht werden, sondern auch ein Gesundheitszentrum, Apartments für Klinikmitarbeiter, Büros und Laborflächen für das Klinikum.

Stein des Anstoßes ist nun einerseits die dichte Bebauung der Berliner Straße, die viele Anwohner befürchten lässt, dass nun der Zugang zum Feld erschwert werden könnte. So fürchtet man den Bau einer „Berliner Mauer“, welche die Verbindung zwischen dem Feld und Handschuhsheim zu sehr unterbindet. Auf einer Strecke von gut 200 Metern würde es somit keinen Durchgang zum Neuenheimer Feld mehr geben.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Ankündigung, Gastronomie und Geschäfte in dem Gebäudekomplex unterzubringen, da dies zur Unruhe in diesem Bereich führen könnte. Es könnte das ohnehin schon hohe Verkehrsaufkommen auf der Berliner Straße erhöhen. (tle)

Studiengebühren

Landesregierung: Kein Zweifel an der Abschaffung

Die Sorge, die Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012 könnte an der zeitlichen Umsetzung scheitern, ist wohl unbegründet. Ein hochrangiger Regierungsbeamter bezeichnete die Maßnahme als „zu 100 Prozent sicher“.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Stuttgart bestätigte dies auf Anfrage des *ruprecht*. „Es bleibt selbstverständlich bei der Abschaffung der Studiengebühren. Die Studiengebühren werden durch Haushaltsmittel ersetzt. Mit der Aufstockung des Ausbauprogramms Hochschule 2012 und der Abschaffung der Studiengebühren ermöglichen wir allen Abiturienten eine faire und realistische Chance auf ein Studium“, so die Mitteilung

der Pressestelle wörtlich. Wie die Landesregierung kürzlich bekannt gab, ist auch der zeitliche Rahmen für die Umsetzung dieses zentralen Wahlversprechens der Regierungsparteien ebenfalls schon gesetzt: Die erste Beratung des sogenannten Studiengebührenabschaffungsgesetzes findet in der Plenarsitzung des Landtages am 8. Dezember statt, die zweite Sitzung soll zwei Wochen später folgen. „Baden-Württemberg ist auf der Zielgeraden zu einem gebührenfreien Studium“, kommentierte die Landesministerin für Wissenschaft Theresia Bauer (Grüne) aus Heidelberg.

Die badenwürttembergischen Studierenden dürfen sich also auf ein weiteres Weihnachtsgeschenk freuen. (hcm)

Fehlende Fachräte

Im Sommersemester 2011 wurden in Heidelberg die ersten Fachräte gewählt. Dies war für die Fakultät für Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften mit fünf Fächern, die neuphilologische Fakultät mit sieben Fächern und die philosophische Fakultät mit insgesamt 27 Fächern dringend notwendig. Denn bisher wurden wichtige Themen, wie die Konzeption von Prüfungsordnungen in der Regel ohne Mitwirkung aller Statusgruppen (Professoren, Mittelbau, Administration, Studierende) nur von den Professoren in den einzelnen Fächern erarbeitet. Aufgrund der fachlichen Vielfalt wurden sie in diesen Fakultäten oftmals abgenickt. Somit gab es auf Fakultätsebene für die anderen drei Statusgruppen nur eine rechtliche, aber keine faktische Mitwirkung.

Daher beschloss der Senat an besagten drei Fakultäten am 14. Dezember 2010 die Einführung der Fachräte. Die Wahl der Fachräte fand im Mai statt und ist mittlerweile weitestgehend abgeschlossen.

Am 8. November 2011 beschloss der Senat, die Fachräte ab dem 9. November tagen zu lassen. Die ersten Fachräte tagen oder werden nun tagen, die Anglistik zum Beispiel am 9. Dezember. In neun Fächern, wie etwa der Philosophie, Ethnologie, Europäische Kunstgeschichte, wird jedoch noch gewählt.

„Die Wahlen liefen eigentlich gut, aber natürlich gab es da Anlaufprobleme. In einigen Fächern wird daher erst jetzt gewählt - es gab Unklarheiten und man musste auch erst mal Kandidaten finden. In vielen Fächern haben wir wirklich gute Erfahrungen gemacht und viele Fachräte haben schon mehrmals getagt“, so Andrea Leschik-Ideli aus der AG Fachrat. (tle, zef)

reise buch laden
HEIDELBERG.de



Die ganze Welt bei uns

nahe Uniplatz
Kettengasse 5
69117 Heidelberg
06221 20552
info@reisebuchladen-heidelberg.de
auch in Karlsruhe · Herrenstraße 33

Ihr Service-Spezialist für Druckerpatronen, Toner, Druckerpapiere & Refillservice für leere Druckerpatronen

Hewlett-Packard
Epson Lexmark
Canon Brother
Philips Olivetti
Minolta Samsung
Sharp
Kyocera
Panasonic
OKI

In neuen Räumlichkeiten:
Sie finden uns jetzt in der Poststraße 4
links neben Café Rossi und HairCut, gegenüber Taxistand (Carrée) im Gebäude der BW-Bank.

Recyclingannahme für leere Tonerkartuschen und Druckerpatronen
NEU: Refillpass

Öffnungszeiten: Mo. – Mi. 10.00 – 19.00 Uhr
Do. + Fr. bis 19.30 Uhr • Sa. 10.00 – 17.30 Uhr
Heidelberg • Poststraße 4
Telefon 062 21/45 34 17 • Fax 062 21/45 34 19
Heidelberg@horn-citystore.de · www.horn-citystore.de

HORN CITYSTORE
Computerzubehör für alle Systeme zu Superpreisen!!!

Kindergeld neu geregelt

Am 23. September 2011 hat der Deutsche Bundestag das Steuervereinfachungsgesetz 2011 (StVerG) in der Fassung der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses verabschiedet. Ziel des StVerG ist laut Gesetzesbegründung die Rationalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens. Steuerzahler und Steuerverwaltung sollen von Erklärungs-, Prüf- und Verwaltungsaufwand entlastet werden. Auch für das Kindergeld wurden neue Regelungen festgelegt.

Bisher galt, dass ein Anspruch auf Kindergeld für volljährige Kinder nur dann besteht, wenn diese über eigene Einkünfte und Bezüge verfügen, die 8004 Euro nicht überschreiten. Ab dem 1. Januar 2012 fällt die Einkommensprüfung, sowie die Einkünfte- und Bezügegenze aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwands weg. Ausgeschlossen vom Anspruch auf Kindergeld sind in Zukunft diejenigen, die nach Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums einer Erwerbstätigkeit mit mehr als 20 Stunden regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit nachgehen. Dabei handle es sich weder um ein Ausbildungsverhältnis noch um ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis.

Wer also aufgrund seines bisherigen Einkommens auf das Kindergeld verzichten musste, sollte sich jetzt informieren, ob durch die Neuregelung bald ein Anspruch besteht. (epa)

Für Chancengleichheit

Heidelberger Initiative setzt sich für Hauptschüler ein

Bei „Rock your Life!“ unterstützen Studenten Hauptschüler im Alltag. Seit Mai ist auch Heidelberg Standort des bundesweiten Vereins.

Das Pilotprojekt wurde Ende 2008 als Social Franchise gegründet und stieß gleich zu Anfang auf große Resonanz. Mit der Gründung der gemeinnützigen GmbH Anfang 2010 sollte die gleichbleibende Qualität an den zur Zeit 17 verschiedenen Standorten gewährleistet werden. Heidelberg als solcher beruht auf der ehrenamtlichen Arbeit der studentischen Mitglieder, die sich komplett selbst verwalten und organisieren.

Ziel des Projekts ist es, „Schüler aus bildungsfernen Schichten zu unterstützen, um einen Beitrag zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu leisten“, so Johanna Roller, Mitglied des Organisations-Teams von „Rock Your Life!“ (RYL!) in Heidelberg. Hierbei werden Eins-zu-eins-Coaching-Beziehungen zwischen Schülern und Studenten aufgebaut, die im Bestfall für zwei Jahre, bis zum Abschluss der Schüler, Bestand haben. Die Betreuung soll die Schüler nicht nur motivieren und in

ihrem Potenzial bestärken; Schüler und Studenten sollen dadurch auch Vorurteile und Bedenken gegenüber der anderen Gruppe abbauen, da die Begegnung auf Augenhöhe stattfindet. Das Besondere an dem Projekt ist, dass ergänzend zu den Coaching-Beziehungen auch ein regionales Unternehmensnetz-

lich hat jedes Coaching-Paar einen Ansprechpartner, der sie über die gesamte Coaching-Zeit betreut.

Laut Roller sei das ehrenamtliche Engagement für Studenten deshalb von besonderem Interesse, weil es ihnen die Möglichkeit biete, sich außerhalb des Hörsaals engagieren zu können, sich positiv in die Gesellschaft einzubringen und diese im besten Falle ein kleines Stückchen zum Positiven zu verändern. Die Erfahrungen, die die Studenten durch Betreuung und Seminare sammeln, seien daher auch prägend für den weiteren beruflichen und privaten Weg. In Heidelberg gibt es bereits zwei Partnerschulen, die Heiligenbergschule in Handschuhsheim und die Waldparkschule in Boxberg. Rund 25 angehende Coaches werden den Schülern bald zugeordnet und läuten somit die ersten von hoffentlich vielen weiteren Kooperationen ein. (jin)



Ein Teil des Heidelberger Rock Your Life!- Organisationsteams

werk aufgebaut wird, welches den Schülern den Berufseinstieg nach ihrem Abschluss erleichtern soll; dabei werden mitunter sogar Ausbildungsplätze vermittelt.

Bevor die Studenten eine Coaching-Beziehung eingehen können, müssen sie ein Qualifikationsprogramm von RYL! durchlaufen. Dieses besteht aus mehreren Seminaren und dient dem Erwerb der nötigen Fähigkeiten. Zusätz-

Am 7. Dezember findet der Vortrag „Rock your Life - Studenten coachen Schüler“ im Rahmen der Vortragsreihe „Mission possible! Wandel in der Welt“ statt. Infos auf www.heidelberg.rockyourlife.de.

Heidelberg

Frühstücken wie ein Kaiser

Heidelberg ist eine reiche Stadt – und reich an Obdachlosen. Ein Besuch.

Meteorologen prognostizieren, uns stehe ein sehr kalter Winter bevor. Für Obdachlose ist jeder Winter kalt und eine existenzielle Bedrohung. In Heidelberg bieten deshalb Stadt, Vereine und Kirchengemeinden vielfältige Hilfe. Ein besonderes Beispiel ist die Aktion „Frühstück im Winter“.

Es ist acht Uhr morgens, die Augen der Wartenden an der Bahnhaltestelle sind klein, die Nasen rot, Atem kondensiert zu dichten Wölkchen. Ich bin auf dem Weg in das Gemeindehaus St. Vitus in Handschuhsheim, wo es in dieser Woche kostenloses Frühstück für Wohnungslose und andere Bedürftige gibt. Von November bis Ende März, wenn die Temperaturen selbst in Heidelberg nachts unter dem Nullpunkt liegen, bieten 20 Gemeinden seit 1983 im wöchentlichen Wechsel Wohnungslosen „Starthilfe“ in den Tag.

Ich treffe Gudrun Schwöbel, deren Name in Verbindung mit der Aktion stets fällt. Auf die Frage, warum gerade ein kräftiges Frühstück so wichtig sei, antwortet sie mit dem alten Sprichwort: „Morgens sollst du essen wie ein Kaiser, mittags wie ein König und abends wie ein Bettelmann.“ Als wir den Frühstücksraum betreten, wird ein weiterer Grund spürbar: Es ist wohliger warm hier. Wer im Freien übernachten musste, im Wald oder an mehr oder weniger windgeschützten Plätzen, wie dem Eingang des Marstallhofs, muss sich dringend aufwärmen. Doch unter den Anwesenden sind nicht nur Wohnungslose. Die Armut hat viele Gesichter und trifft offensichtlich zunehmend auch Hartz-IV-

Empfänger. So sitzen wir zwischen Menschen, deren Leid auch äußerlich sichtbar ist und anderen, deren gepflegte Erscheinung über ihre Lebenssituation hinwegtäuscht.

11 300 Menschen sind in Heidelberg armutsgefährdet, vorwiegend im Süden der Stadt. Den Ärmsten der Armen steht jedoch ein überdurchschnittlich dichtes Betreuungsnetz zur Verfügung. Der Verein „Obdach e.V.“ mietet beispielsweise 37 Wohnungen im gesamten Stadtgebiet an und bietet ca. 100 Betroffenen ein umfassendes Konzept für Betreuung und Beschäftigung. Das Wichernheim der Evangelischen Stadtmission in der Plöck hat eine

Hilfe für Obdachlose mit Vereinsarbeit

Kapazität von 70 Übernachtungsplätzen und betreibt Wiedereingliederungshilfe. Der Katholische Verein für soziale Dienste betreut das städtische Notquartier mit 20 Schlafplätzen. Auch gibt es ambulantes Wohnen speziell für Frauen. Zudem gibt es eine Fachstelle im Sozialamt der Stadtverwaltung und einen Streetworker. Je kälter es wird, desto mehr Frühstücksgäste kommen. Nach Einschätzung

der Helfer werden es generell mehr. Das durchschnittliche Alter ist 55 Jahre und aufwärts, aber auch vor Jüngeren mache die Entwicklung immer weniger Halt.

Inzwischen hat der warme Kaffee Körper und Geist aufgetaut, die Gespräche unter den vielleicht 25 Anwesenden werden lebhafter. „Es sind fast alle Einzelgänger“ sagt Bernhard, den Gudrun Schwöbel seit Jahren kennt. Als einziger ist er bereit, mit mir über seine Situation zu sprechen. Man kenne sich nur mit Vornamen und wisse wenig über die Schicksale der Leidensgenossen. Bernhard ist 54, hat elf Jahre auf der Straße gelebt und hat nun seit einem Jahr eine Wohnung. Private und berufliche Gründe haben ihn auf die Straße gebracht. Er redet nicht gern darüber. Während er auf der Straße lebte, arbeitete er als Tagelöhner saisonweise als Gartenhilfe. Er verdiente bis zu 100 Mark am Tag. Aber wie das Geld reinkam, floss es wieder hinaus. Nur für den Winter wurde ein bisschen angespart.

Was man in einer Wohnung als Selbstverständlichkeit besitzt, müssen sich Wohnungslose über den Tag hinweg organisieren. Wo kann man ohne Geld Wäsche waschen? Wo gibt es die Möglichkeit zur Körperpflege? Mangelnde Hygiene ist eine Gefahr für Leib und Leben, wenn man keine Krankenversicherung besitzt. Und auch jede Mahlzeit will organisiert und finanziert sein. „Für das Frühstück laufen

viele sogar bis nach Ziegelhausen“, erzählt Bernhard. „Busse sind zu teuer“, wirft Gudrun Schwöbel ein und beklagt einen fehlenden Sozialtarif im öffentlichen Nahverkehrsnetz. Über seinen Alltag sagt Bernhard: „Zeit ist da, leider“. Man mache eben Sachen, die wenig kosten. Die Uni-Bibliothek dürfe man nutzen, um zu lesen, aber wirklich willkommen sei man nicht. Manchmal könne man morgens um

Manchmal gibt es einen Tagesjob auf dem Bau

sechs Uhr bei der Schnellvermittlung der Arbeitsagentur spontane Jobs für den Tag bekommen, Krankheitsvertretungen auf dem Bau zum Beispiel. Oft bestünde der Tag aber auch nur aus Rumhängen. Er wehrt sich gegen das Penner-Image der Obdachlosen. Es gäbe Obdachlose, die man als solche nicht erkenne.

Das Frühstück ist so wichtig, weil es nicht nur Kraft und Wärme spendet, sondern auch verlässlichen sozialen Kontakt ermöglicht. Wohnungslose können es sich nicht leisten, sich zum mittäglichen Kaffeetrinken zu verabreden. „Das Frühstück ist ein zeitlicher Anker im Alltag.“ Das sagt Bernhard mehrfach.

Alle Hilfestellungen, die in Heidelberg zur Verfügung stehen, haben eines gemeinsam: Freiwillige, ehrenamtliche Mitarbeiter

Weitblick macht Bildung

Weitblick Heidelberg e.V. ist eine frisch gegründete Studenteninitiative. Seit letztem Mai planen die rund 50 Studenten unter dem Motto „Vermitteln, Fördern, Bilden“ verschiedene Projekte. Es liegen zum Beispiel seit Kurzem Grundriss und Budgetplan für den Bau einer Schule in Indien auf dem Tisch. Hohe Kosten kommen da auf die Studenten zu, doch der erste Vorsitzende, David Thomanek, klingt zuversichtlich: Weitblicker aus Münster hätten dort schon vier Schulen errichtet.

Der Erfolg der anderen Vereine hatte ihn vor einem Jahr auf die Idee gebracht, die Initiative zu gründen. Jetzt bezeichnet er die Gruppe als „bunten Haufen“, in dem sich jeder einbringen kann. „Es geht darum, einfach nur etwas Gutes zu tun und Spaß daran zu haben.“ Die Weitblicker sind tatsächlich nur von der eigenen Fantasie abhängig. Vom Einsatz der Studenten profitiert auch die Wilkenschule in Bergheim, an der die Studenten einen Vorlesetag veranstalteten. Und auch Erwachsene will die Gruppe weiterbilden: Ihr Europaprojekt dreht sich unter anderem um die Flüchtlingsfrage. Eine Gruppe von Idealisten und Weltverbesserern? David und Mitgründer Felix Leiter sehen das realistisch. Auf die Frage, warum er sich für Schultafeln in einem ukrainischen Dorf einsetzt, antwortet Felix: „Es hat einfach Sinn gemacht. Die Tafeln dort sind ja eigentlich nur Holzbretter.“ (fbr)

Premiumviertel Bahnstadt

In Heidelberg entsteht ein neuer Stadtteil – Fertigstellung nicht vor 2020

Das größte zusammenhängende Stadtentwicklungsprogramm Deutschlands, neben der Hamburger Hafencity, entsteht seit zwei Jahren in Heidelberg. Im nächsten Sommer werden die ersten Gebäude in der Bahnstadt eingeweiht. Der *ruprecht* hat sich einmal auf der Baustelle umgesehen.

Es herrscht eine verdächtige Stille an diesem Novembernachmittag. Nebelschwaden durchziehen die Landschaft. Es ist unmöglich, weiter als fünf Meter in die Ferne zu schauen. Vereinzelt machen Krähen durch lautes Geschrei auf sich aufmerksam. Plötzlich donnert ein mit Holzbrettern beladener LKW aus dem Dickicht des Nebels. Er hält an einer fußballfeldgroßen Baugrube. In orange-farbene Anoraks verpackte Männer befestigen die Bretter an einem scheinbar aus dem Nichts ragenden Gurt. Sie werden von einem nun erkennbaren Kran in die Grube gehoben. Dort nehmen vier Bauarbeiter die Holzstäbe in Empfang. Es gibt leichte Irritationen. Das Holz hängt schräg in der Luft und erschlägt fast einen der Bauarbeiter. Heftig gestikulieren sie miteinander, schreien einander an, doch noch immer ist das Problem nicht gelöst. Nach einigen Momenten der Tatenlosigkeit schaffen sie es, die Bretter abzumontieren und entlassen den Gurt für die nächste Ladung in die Freiheit.

Hier entsteht sie also, Heidelbergs Zukunft. Eingerahmt von den Stadtteilen Bergheim, Weststadt und Pfaffengrund klafft seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten eine große Lücke im Stadtbild. 1997 wurde der Güter- und Rangierbahnhof an gleicher Stelle stillgelegt. Auf einmal hatte Heidelberg eine Fläche von 120 Hektar frei zur Verfügung. Schon zu Beginn war klar, dass ein großer Teil des Gebiets dem knappen Wohnraum der Stadt zu Gute kommen soll. Doch was darüber hinaus mit der Fläche geschehen sollte, war lange Zeit strittig. Nur

beim Namen des neuen Areals war man sich schnell einig: Die „Bahnstadt“ ist Heidelbergs 15. Stadtteil. So erfolgte 2009 der Spatenstich für das erste Bauprojekt – bei weitem nicht der letzte.

Peter Dohmeier ist in seinem Element. Er steht vor einer Luftaufnahme der Bahnstadt. Mit großer Begeisterung zeichnet er mit den Fingern imaginäre Straßen und Brücken quer durch Heidelberg: „Bis zum Bismarckplatz 1,7 Kilometer. Bergheim ist gleich um die Ecke. Das Neuenheimer Feld ist auch nicht weit. Wenn man es sich malen müsste, würde man es sich wahrscheinlich so malen.“ Peter Dohmeier ist einer der drei Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Heidelberg (EGH), die verantwortlich für die planerische Umsetzung der Bahnstadt ist. „Die Bahnstadt ist eine europäische Stadt“, betont er immer wieder, „die auf einen Dreiklang von Wohnen, Forschung und Gewerbe setzt.“ Stolz berichtet Dohmeier von dem kürzlich erfolgten Richtfest für den Gebäudekomplex „SkyLabs“, der ein Teil des geplanten Forschungs- und Wissenschaftscampus beinhaltet. Bei Sekt und Orangensaft priesen der Oberbürgermeister der Stadt, Eckhard Würzner, und der Rektor der Uni Heidelberg, Bernhard Eitel, die Bahnstadt als „Wissenschaftsstandort“ (Würzner) und die „SkyLabs“ als „ersten sichtbaren Kristallisationspunkt der neuen Bahnstadt“ (Eitel).

Auch an grauen Tagen wie diesem sind die farblosen Betontürme der „SkyLabs“ nicht zu übersehen.

Bereits Mitte des nächsten Jahres sollen hier die ersten Büroräume bezogen werden. Welche Unternehmen und Forschungseinrichtungen dann in das neunstöckige Gebäude einziehen, steht noch nicht fest. Klar ist nur, dass sich hauptsächlich Naturwissenschaften in der Bahnstadt ansiedeln werden. Etwa fünfhundert Meter in den Stadtteil hinein türmt sich ein großer brauner Kieshaufen. Laut Übersichtsplan soll an dieser Stelle ein neues Studentenwohnheim entstehen. Die Ein- bis Drei-Zimmerwohnungen werden vermutlich 2013 die ersten Studenten aufnehmen können. Auf die Frage, ob es Zimmer für weniger als 300 Euro Monatsmiete geben wird, was ungefähr dem Preis der neuesten Wohnheime im Neuenheimer Feld entspricht, setzt Dohmeier ein breites Grinsen auf. Er wolle es lieber den Investoren überlassen, den Preis bekanntzugeben.

Ein paar Meter weiter werden die zukünftigen Bewohner der Bahnstadt über solche Zahlen wohl nur lächeln können. An einer mehr als einem Kilometer langen Promenade in Richtung des „Pfaffengrunder Feldes“ entstehen im ersten Bauabschnitt gut 600 Wohneinheiten. Auf großen Schildern prangern Sprüche wie „vielseitiges Wohlfühlen“ oder „Wohnen in bester Lage“. Daneben sind futuristische Architektenentwürfe abgebildet, die im kompletten Gegensatz zu der bislang tristen Baugrube stehen. Jeweils fünfzig Prozent der Wohnflächen werden vermietet und verkauft. Das Wohnen in der Bahnstadt wird kein billiges Vergnügen sein. Eine Wohnung kostet ungefähr 3000 bis 4000 Euro – pro Quadratmeter. Wer in der Bahnstadt zur Miete wohnen will, muss mit einem Quadratmeterpreis von ca. elf Euro rechnen.

„Das Ziel der EGH ist die Schaffung eines Premiumstadtteils, in dem es vor allem gehobenen Wohnraum geben wird“, sagt der Heidel-



Malerische Lage – kurze Wege von der Bahnstadt in die anderen Heidelberger Stadtteile.

berger Architekt Uwe Weishuhn. Er ist Mitglied der Heidelberger Wahlplattform generation.hd, die das Projekt Bahnstadt von Beginn an kritisch begleitet. Weishuhn ist prinzipiell für die Errichtung des neuen Stadtteils, aber er bemängelt die Umsetzung: „Die ursprüngliche Idee der Bahnstadt war es, preiswerte Wohnungen zu bauen. Mit der Übernahme der EGH änderte sich das.“ Seiner Ansicht nach wäre die Bahnstadt billiger, hätte die Stadt sie entwickelt. So entsteht eine wahre Goldgrube für Investoren, denen eine Rendite von über 50 Prozent in Aussicht steht. Für Weishuhn ein glatter „Betrug“.

Peter Dohmeier wiegelt den Vorwurf, dass die Bahnstadt ein „nobler Stadtteil“ werde, ab: „Was ist schon nobel? Es wird vom Gesamtkonzept ein attraktiver und wertiger Stadtteil, der seinen Preis wert ist.“ Auch das mögliche Problem, dass sich soziale Monostrukturen herausbilden können, stellt sich für ihn nicht. Er verweist auf das Wohnraumförderprojekt, welches 20 Prozent der Mietwohnungen mit bis zu drei Euro pro Quadratmeter fördert. „Mit wirklich überzeugenden Mitteln begegnen wir der Gefahr, damit die Gefahr nicht Realität wird.“

Bevor überhaupt die ersten Bagger anrollten, stand die halle02 schon eine ganze Weile. Seit fast zehn Jahren beherbergt sie Kultur- und

Musikveranstaltungen. Doch befindet sie sich direkt neben dem Areal der Bahnstadt. Lange wurde über ein Aus der halle02 spekuliert. Im letzten Jahr konnte man sich aber mit der Stadt auf ein Weiterbestehen einigen. Allerdings wird sie sich wohl einer „Evolution“ unterziehen müssen, wie es Dohmeier formuliert. Laute Konzerte und Partys in direkter Nachbarschaft mit modernen Büro- und Wohnräumen wird es in Zukunft wohl nicht mehr geben.

Was aber genau mit der Halle geschehen wird, steht noch nicht fest. Wie so manches in der Bahnstadt. Nach einigen vergeblichen Versuchen schafft es die Sonne endlich, den Nebel zu verdrängen. Im hellen Tageslicht eröffnet sich ein weiter Blick auf die gesamte Großbaustelle. Viel ist jedoch noch nicht zu sehen. An manchen geplanten Bauflächen des ersten Abschnittes verrichten nur einige Regenwürmer ihr Tagewerk. Zwar werden im nächsten Jahr die ersten Bewohner die Bahnstadt mit Leben füllen, aber als unmittelbarer Nachbar bleiben ihnen die fünfstöckigen Wohncontainer für die Bauarbeiter noch einige Zeit erhalten. Ob die zukünftigen Einwohner „das bisschen Dreck und Lärm“, wie es Dohmeier bezeichnet, gelassen hinnehmen werden, bleibt abzuwarten. Es wird sowieso ein Dauerzustand sein. (mgr)

Die Heidelberger „Bahnstadt“

2007 wurde ein Vertrag zwischen der Stadt Heidelberg und der EGH über die Errichtung der Bahnstadt auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs geschlossen. Die EGH setzt sich aus der städtischen Gesellschaft für Haus- und Grundbesitz Heidelberg (GGH), der Sparkasse Heidelberg und der LBBW zusammen. Offizieller Baubeginn war 2009. Der erste Bauabschnitt soll

2014 abgeschlossen sein. Die Bauarbeiten für die Abschnitte zwei bis vier werden voraussichtlich 2020 ihr Ende finden. Bis dahin werden rund 5000 Menschen in der Bahnstadt leben und 7000 Arbeitsplätze entstehen. Der Bau der Wohnungen erfolgt im klimaneutralen Passivhausstandard, die Wohnsiedlung ist damit die größte ihrer Art in Europa.

Blutspendezentrale Heidelberg

Im Neuenheimer Feld 583 - Technologiepark -



Fürs Leben gerne Blutspenden

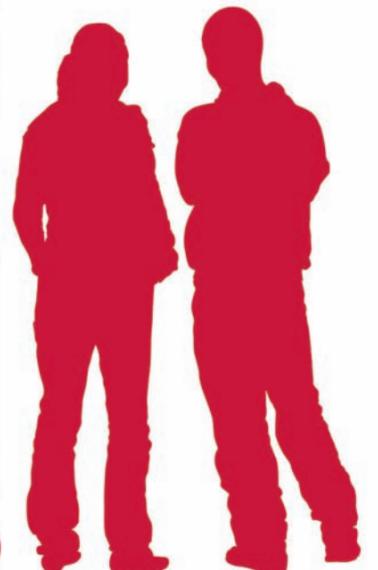
Spenden Sie zum ersten Mal bei uns?

Kommen Sie bitte mit einem gültigen Ausweis bis spätestens eine Stunde vor Spendenschluss, damit wir Sie umfassend und in Ruhe informieren können.

Spendezeiten:

Montag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Dienstag	-	13:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	-	14:00 - 19:00 Uhr
Freitag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Samstag	(immer am 2. Samstag des jeweiligen Monats) 09:00 - 13:00 Uhr	

www.iktz-hd.de oder  **650 510**



EPIC 3.0 URAUFFÜHRUNG
VON HUBERT SCHIPKOWSKI

→ **DIE UNICARD**
6 VERSCHIEDENE VORSTELLUNGEN FÜR NUR 42 €
Theaterabend in der Triplex-Mensa jeden Donnerstag im Semester von 11–14 Uhr
Alle Studentenkarten für 7 €

AB 10. DEZEMBER 2011 → ZWINGER¹

Infos und Karten ☎ 06221/5820 000 oder www.theaterheidelberg.de



theaterundorchesterheidelberg

Risiken und Nebenwirkungen

„Die Gegenwart nutzen“

Ein enges soziales Netzwerk nützt nur seinen Mitgliedern

Soziale Einbindung ist wichtig, das ist allgemeiner Konsens. Doch was für den einen gut ist, muss es nicht auch zwangsläufig für andere sein: Eine Studie der Sozialpsychologen Waytz und Epley deutet nun darauf hin, dass soziale Vernetzung zur Entmenschlichung Außenstehender führt.

Wer gut vernetzt ist, hat im Durchschnitt ein höheres Selbstwertgefühl, ist glücklicher und gesünder. Die Sozialpsychologen Adam Waytz und Nicholas Epley haben sich nun der Kehrseite dieser Medaille gewidmet (*Journal of Experimental Social Psychology*, in press). Eine enge soziale Einbindung kann demnach dazu führen, dass Menschen außerhalb des eigenen Netzwerks als weniger menschlich wahrgenommen und auch entsprechend behandelt werden.

Schon vorher war bekannt, dass die augenfällige Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe die Wahrnehmung von Menschen außerhalb dieser Gruppe verändert. Die Kategorisierung in „wir“ versus „andere“ bewirkt, dass Mitglieder der eigenen Mannschaft, Partei oder Religion als ähnlich und Nichtmitglieder als anders im Vergleich zu einem selbst wahrgenommen werden. Auch die Kategorie „Mensch“ ist von dieser sogenannten Akzentuierung betroffen: Nichtmitgliedern werden auch spezifisch menschliche Eigenschaften wie Idealismus oder Analysevermögen, aber auch spezifisch menschliche Emotionen wie Nostalgie oder Scham abgesprochen.

Waytz und Epley konnten nun zeigen, dass die Bedingung der augenfälligen Zugehörigkeit zu einer Gruppe für diesen Prozess nicht nötig ist: Es reiche schon, sich seiner sozialen Einbindung bewusst zu sein. Dafür führten die Autoren vier Experimente durch:

In den ersten drei Experimenten zeigten sie, dass Versuchsteilnehmer, die sich ihrer sozialen Einbindung bewusst waren, Menschen außerhalb ihres sozialen Umfelds Befindlichkeiten und menschliche Eigenschaften signifikant stärker absprachen. Außerdem schätzten sie eine herabwürdigende Behandlung Außenstehender eher als vertretbar ein als die Kontrollgruppe.

Im vierten Experiment brachte ein Teil der Teilnehmer eine nahestehende Person mit, die dann beim Bearbeiten der Materialien mit im Raum anwesend war. Die Kontrollgruppe bearbeitete die Materialien in Anwesenheit eines Fremden. Allen Teilnehmern wurden dabei Fotos von angeblichen Terroristen gezeigt, die an den Anschlägen vom 11. September 2001 beteiligt gewesen sein sollten. Anschließend wurde erfasst, wie sehr die Teilnehmer die angeblichen Terroristen entmensch-



Soziale Einbindung lässt Außenstehende weniger menschlich wirken.

lichten. Außerdem wurde erfasst, in welchem Maß die Teilnehmer es guthießen, wenn die Inhaftierten mit Waterboarding oder Elektroschocks gefoltert würden.

Diejenigen, deren Freund bei der Bearbeitung anwesend war, entmenslichten die angeblichen Terroristen dabei signifikant stärker und hatten eine höhere Bereitschaft, den Terroristen Leid zuzufügen. Dabei wurde der Einfluss von sozialer Vernetzung auf die Bereitschaft, Leid zuzufügen, vollständig durch die Entmenschlichung vermittelt.

Diese Ergebnisse rücken die Bedeutung sozialer Vernetzung in ein neues Licht. Tatsächlich haben frühere Studien gezeigt, dass Entmenschlichung eine Voraussetzung

für aggressives und unmenschlich kriminelles Handeln ist. Im Alltag jedoch zeigen sich die Folgen von Entmenschlichung nur selten in Aggressionen, sondern eher in subtilen Details. Ein Beispiel hierfür ist den Autoren zufolge die Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden eines Bettlers am Straßenrand oder auch der Chef, der seinen Mitarbeiter zu einem hirnlosen Idioten abwertet und entsprechend behandelt.

Eine enge soziale Einbindung wäre demnach nicht nur ein Schutzfaktor, sondern gleichzeitig Ursache für zahlreiche zwischenmenschliche Konflikte. Vielleicht ein Trost für all diejenigen, die dem weihnachtlichen Familien-Programm eher skeptisch gegenüber stehen. (smo)

„Forschung vom Korsett befreien“

Literaturwissenschaftler kritisiert die Deutsche Forschungsgemeinschaft

Deutschland forscht und will hoch hinaus. Um Forschung zu finanzieren, begaben sich Forscher einst in die Abhängigkeit reicher Mäzene.

Zu Zeiten Leonardo da Vincis war „freie Forschung“ noch undenkbar. Heute stellt die Idee einer Forschungsfreiheit den zentralen Anspruch an die Forschung dar. Über die Verteilung von öffentlichen Forschungsgeldern entscheidet in Deutschland keine staatliche Stelle, sondern die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Sie ist ein privatrechtlicher Verein und zählt mehr als 750 Beschäftigte. Mit einem Jahresetat von etwa 2,5 Milliarden Euro, wovon Zwei Drittel vom Bund kommen, gilt die DFG weltweit als einer der größten Förderer von Forschungsprojekten. Ehrenamtliche Gutachter entscheiden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens, welche Forschungsvorhaben gefördert werden. Diese Methode gilt als vorbildlich; umso erstaunlicher ist das Ausmaß der Vorwürfe, mit denen sie aktuell konfrontiert wird.

Angefangen hat alles am 19. Oktober, als der Heidelberger Lite-

raturwissenschaftler Roland Reuß in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Frontalangriff gegen die DFG ausholte. Dieser galt der angeblich willkürlichen Ablehnung eines Förderantrags und der nur ungenügenden Förderung eines Editionsprojektes von Reuß.

Ein Vorwurf: Die Struktur der DFG-Verwaltung ermögliche Selbstbedienung an Forschungsgeldern. Reuß ist der Auffassung, ein hohes Amt innerhalb der DFG dürfe nicht an Wissenschaftler vergeben werden, die selbst weitere

„Selbstbedienung halte ich strukturell für möglich“

Forschungsinteressen verfolgen. Das könne in einen Interessenkonflikt münden. Als Beispiel führt Reuß den hauptamtlichen DFG-Präsidenten Matthias Kleiner an, der im Zuge seiner Amtstätigkeit auch die Finanzierung eigener Projekte bewilligen ließ. Die DFG will diesen Vorwurf nicht auf sich

sitzen lassen. Die Behauptung sei haltlos und polemisch, konterte sie in einer Stellungnahme. „Persönlich lege ich Wert auf die Feststellung, dass ich vor Amtsantritt sämtliche DFG-geförderten Projekte abgegeben und seitdem eine neue Forschungsförderung weder erhalten noch beantragt habe“, fügte Kleiner einer Pressemitteilung der DFG vom 19. Oktober hinzu.

Reuß sieht das anders: In einem Interview mit dem *ruprecht* stellte er in Frage, dass ein Gutachter den Antrag eines Vize-Präsidenten oder Präsidenten der DFG im Fall eines Nichtentsprechens der Kriterien den Antrag tatsächlich ablehnen würde. „Das halte ich nach allen Vorstellungen, die ich sozusagen von menschlicher Souveränität habe, für fast ausgeschlossen. Denn im Endeffekt weiß jeder höhere Amtsträger der DFG, wer der jeweilige Gutachter ist.“ „Gewöhnliche“ Antragsteller erfahren im Gegensatz zu höheren Amtsträgern erst gar nicht, welcher Gutachter über sie entscheidet; auch wenn es sich dabei um einen Konkurrenten handeln könne. Eine solche Anonymität der Gutachter schüre die Gefahr des Ideendiebstahls und müsse abgeschafft werden.

Wolfgang U. Eckart, Professor für Geschichte der Medizin an der Uni Heidelberg und Kandidat für die Wahl der Mitglieder der Fachkollegen, deren Aufgabe die Qualitätssicherung der Begutachtungen ist, warnt vor einer solchen Maßnahme: „Wer die Identitätspreisgabe der Gutachter fordert, der beschneidet Freiheit und Unabhängigkeit der Begutachtung, strebt die Sanktionierung missliebiger Gutachter an, will zurück zum klassischen Begut-

achtungsfilz einer Hochschulpolitik der Mandarine oder hin zu neuen oder alten Forschungsseilschaften.“

Ein weiterer Vorwurf Roland Reuß' zielt auf die Monopolstel-

„Die Identitätspreisgabe strebt die Sanktionierung missliebiger Gutachter an“

lung der DFG ab. Zwar gebe es auch andere Stiftungen wie die VW- oder Thyssen-Stiftung. Diese hätten aber „eher einen Eventcharakter.“ Wollte man hingegen mittelfristige Projekte planen, sei die DFG die einzige Anlaufstelle. Doch sei sie zunehmend dazu übergegangen Großforschungsbereiche zu fördern. Damit gebe sie im Prinzip den Rahmen der Forschung vor. „Das ist wissenschaftsfern, wenn nicht sogar wissenschaftsfeindlich!“, entgegnete Reuß. „Wenn ich vorgebe, was beforscht werden soll, habe ich der Forschung eigentlich schon ein Korsett angelegt, sodass Nebenriebe in dem Raster überhaupt nicht mehr gefördert werden können.“

Reuß rät, für die Gelder künftig ein dialogisches Vergabeverfahren einzuführen. Der Antragsteller soll darin die Möglichkeit erhalten, auf den ersten Entwurf der Begutachtung zu reagieren.

Ist Reuß nur ein Querulant, der sich durch die Ablehnung eines Antrags zutiefst beleidigt fühlt? Was verbirgt sich hinter den polemischen Anschuldigungen? Schon jetzt steht fest: Reuß stellt mit seiner Kritik die DFG an den Pranger und sich an die Spitze einer ganzen Reihe von Kritikern. (epa)

Die Frauenbewegung, Hippieproteste oder Antikriegs-Demonstrationen waren nur zwei Strömungen gesellschaftlicher Umwälzungen, die in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Sozialgeschichte dazu gezwungen haben, ihre Methoden und Forschungsobjekte zu überdenken. In einer Zeit, in der sich neue Formen von Konsum und Protest oder flexibleren Beschäftigungsverhältnissen entwickelten, fand auch die Sozialgeschichte zu neuen Fragestellungen. Diese legen allesamt den Fokus auf die Gesamtgesellschaft. Dadurch kommt es zu zahlreichen Überschneidungen mit anderen Disziplinen wie Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Politik.

„Sozialgeschichte – Eine Disziplin wird neu gedacht!“ heißt deshalb der programmatische Titel der Heidelberger Vortragsreihe, in der sich Wissenschaftler verschiedener Universitäten mit dem Wandel, Potentialen und Zielen dieser Disziplin auseinandersetzen. „Um auch den neueren gesellschaftlichen Wandel wie die globale Protestaktion ‚Occupy‘ erfassen zu können, ist diese Diskussion nicht nur eine intellektuelle Herausforderung, sondern hat auch praktischen Nutzen“ sagt Organisatorin Katja Patzel-Mattern, Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Heidelberg.

Auch theoretisch sah sich die gesamte Geisteswissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem so genannten „cultural turn“ neuen Paradigmen gegenüber, die mehr interpretativ denn analytisch verfahren. Die Absage an Struktur und die Öffnung zu ambivalenten Identitätskonzepten reißt auch disziplinäre Grenzen nieder, sodass sozialgeschichtliche Themen wie soziale Unruhen und Protest, Arbeiterbewegungen oder soziale Konflikte auch von anderen Disziplinen wie der Kulturgeschichte übernommen wurden – Streit um Ausrichtung und Deutungshoheit begriffen.

Den Auftakt zur Vorlesungsreihe machte am 15. November schon Ravi Ahuja, Professor für moderne indische Geschichte in Göttingen. In seinem Vortrag kritisierte er die opportunistische Perspektive, die in der Sozialgeschichte üblich geworden sei. Sowohl in Europa und Amerika als auch in Indien liege der Ausgangspunkt der Fragestellungen zu oft auf nordatlantischen Problemen. Ahuja macht deutlich, dass die Forscher in Indien nicht nur Antworten auf europäische Fragen finden sollten. Ahuja zeigte in seinen Ausführungen auch Lösungswege auf. Zum einen solle der Dialog mit den Sozialwissenschaften erneuert werden, um neue komparative Ansätze entwickeln zu können. Eine vergleichende und unterschiedliche Kulturen und Religionen einbeziehende Perspektive helfe, fruchtbare Fragestellungen zu entwickeln. Zum anderen könne der umgekehrte Blick von der Gesellschaft Indiens aus nach Europa genutzt werden, um Themen in einem anderen Licht zu sehen. Ahuja plädiert dafür, möglichst voraussetzungsfrei an Forschungsfelder heranzugehen, um etwa mit Blick auf den heutigen Kapitalismus in Ostasien Europa als Zentrum des Kapitalismus in Frage zu stellen. „Die Gegenwart nutzen, um Fragen an die Vergangenheit zu stellen,“ nennt er es.

Die Vortragsreihe läuft bis zum 24. Januar nächsten Jahres. Die nächsten Termine sind am 6. und am 13. Dezember, jeweils um 18 Uhr c.t. im Hörsaal des Historischen Seminars. (bw, kwe)

UNISHOP HEIDELBERG
 UniShop Studentenkarzer
 Augustinergasse 2
 D 69117 Heidelberg
 T +49.6221.54 35 54
 aktuell unishop heidelberg
 www.unishop.uni-hd.de

So nah und doch so fern

Mannheimer Museen feiern 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen

Seit über einem Jahrhundert pflegen Deutschland und Japan ihre politischen Beziehungen. Eine Rückschau widmet sich nun noch bis zum 5. Februar 2012 dem Versuch, die Bande zwischen den beiden Ländern auch für die Zukunft zu stärken.

Viel Lärm um Nichts, möchte man nach dem Besuch der Ausstellung „Ferne Gefährten – 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen“ in den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim mit Bedauern meinen. Jenes „Nichts“ bezieht sich hierbei jedoch keineswegs auf die durchweg sehr interessanten und teils einzigartigen Exponate. Vielmehr die Präsentation ist es, welche dem Besucher unangenehm aufstößt.

Große Erwartungen wurden genährt, als sich am 6. November namhafte Honorationen zur feierlichen Eröffnung der Ausstellung anlässlich des Jubiläumjahres der deutsch-japanischen Beziehungen einfanden. Neben lokal- und landespolitischer Prominenz reisten ebenso der japanische Botschafter und Bundespräsident Wulff an und gaben der Ausstellung allerlei gute Wünsche mit auf den Weg. So äußerte Christian Wulff die Hoffnung, dass die Ausstellung „das Interesse an Japan steigere und die Freundschaft mit Japan vertiefe.“

Zu diesem Zweck veranschaulichen mehr als 500 Exponate die wechselhafte Geschichte der politischen und kulturellen Verbindungen zwischen den beiden

Ländern. Angefangen bei der ersten Kontaktaufnahme und dem preußisch-japanischen Handelsvertrag von 1861 bis hin zum Sieg der japanischen Frauenfußballnationalmannschaft bei der WM 2011 und der Erdbebenkatastrophe von Fukushima. Dabei folgt der Rundgang durch die Ausstellung den Geschehnissen chronologisch und fasst diese in drei große Themenabschnitte zusammen.

Den Beginn markiert dabei jene Phase der „Goldenen Jahre“, vom ersten Kontakt zwischen Deutschland und Japan bis zum Ersten Weltkrieg. Am 24. Januar 1861 unterzeichneten Friedrich Graf zu Eulenburg und Schogun Tokugawa Iemochi den deutsch-japanischen „Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag“.

Neben dem Original jenes Kontraktes veranschaulichen auch einige beachtenswerte Photographien jener Mission diese erste politische Annäherung. Doch auch der kulturelle Austausch der zwei Länder in den Folgejahren und der aufkommende deutsche „Japonismus“ finden ihren Platz in der Ausstellung. Diese Ära endete jedoch mit der Entfremdung beider Staaten und ihrer Gegner-

schaft während des Ersten Weltkrieges.

Die zweite große Epoche der deutsch-japanischen Beziehungen wird von den beiden Weltkriegen flankiert. Diese Phase ist von der Annäherung beider Länder, aber gleichermaßen auch von jenen Fehlentwicklungen beiderseits geprägt, die in den Zweiten Weltkrieg mündeten. In der Ausstellung zeigt sich diese Ära einerseits am 770er Mercedes des japanischen Kaisers Hirohito aus dem Jahr 1935 und andererseits in zwei eindrucksvollen japanischen Kriegskimonos.

Die bis heute andauernde letzte Ära der Verbindung beider Länder setzte mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Neben der Anfangsphase der Demokratisierung, hierzulande wie in Japan, greifen einzelne Themenpavillons zudem verschiedene aktuelle Entwicklungen auf. Zu den Exponaten gehören neben dem ersten Faxgerät ebenso Mangas aus beiden Ländern. Das Ende des Rundgangs markieren zeitgenössische Werke des deutsch-japanischen Künstlers Kanjo Také, darunter auch eine Installation zur Katastrophe von Fukushima.

Den eingangs geäußerten Ansprüchen wird die Sonderausstellung jedoch nur zum Teil gerecht. Die kurze Phase von zehn Monaten, welche für Konzeption und Realisierung zur Verfügung stand, ist



Foto: kko

Seit 150 Jahren meist freundschaftlich verbunden: Japan und Deutschland.

allzu deutlich anzumerken. So krankt die Präsentation besonders zu Beginn an einer unzureichenden Beleuchtung von Exponaten und begleitenden Texten. Viele Stücke lassen sich in ihrer Inszenierung und Positionierung nur schlecht betrachten, viele Texte nur schwer lesen. Einige besonders interessante Exponate wie etwa die Photographien der Eulenburg-Mission von 1861 werden nur lieblos in einem

Ordner präsentiert. Die Qualität der Inszenierung steigt jedoch mit Fortschreiten des Rundganges und die beiden raumhohen Banner mit Straßenansichten der 1930er Jahre aus Berlin und Tokyo vermögen es sogar zeitweise die rund 9000 km zu überbrücken. Jegliche Nähe zu den „fernen Gefährten“ aus dem „Land der aufgehenden Sonne“ bleibt dem Besucher in vielen Fällen dennoch verwehrt. Sie bleiben fern. (kko)

Keine Kinostadt

Ein Kommentar von Kai Gräf

Politikersprech vermittelt im Allgemeinen nur ein stark vereinfachtes Bild der Realität. Angesichts der jüngsten Absonderung der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst fragt man sich jedoch: In welcher Welt lebt eigentlich Theresia Bauer?

Die grüne Ministerin ist auch direkt gewählte Abgeordnete des Heidelberger Landtagswahlkreises. Dennoch muss vermutet werden, dass sie ihre Stadt kaum kennt, wenn sie anlässlich der Auszeichnung der Kinohäuser „Gloria“, „Gloriette“ und „Kamera“ durch das Land Baden-Württemberg verkündet: „Heidelberg ist eine Kinostadt“.

Nun kann man von der Ministerin nicht verlangen, die letzte Ausgabe des *ruprecht* gelesen zu haben, in dem wir ausführlich das Aus des letzten Mainstream-Kinos Lux-Harmonie in der Altstadt besprochen haben. Auch besteht kein Zweifel daran, dass „Gloria“ und „Kamera“ für ihr Jahresfilmprogramm zu Recht ausgezeichnet werden. Wohl aber muss man von Theresia Bauer verlangen können, dass ihr zur Lage des Kinostandorts Heidelberg mehr einfällt als warme Worte zur (verdienten) Auszeichnung seiner

Programmkinos. Die vorgebliche Kinostadt ist eine sterbende und die zuständige Ministerin und Abgeordnete betreibt Realsatire.

15 Kinos soll es einst in Heidelberg gegeben haben; der *Spiegel* berichtete 1994 von der „Kinohauptstadt“ Heidelberg mit mehr als fünf Kinobesuchen pro Einwohner im Jahr. Sechs Jahre später zählte man noch sieben Lichtspielhäuser, zusammen immerhin 2684 Zuschauer fassend. Doch das Kinosterben ging weiter: Kammer, Schloßkino, Studio Europa sind nur die drei jüngsten Beispiele.

Nach der Schließung des Lux-Harmonie bleibt kein einziges großes Mainstream-Kino im gesamten Stadtgebiet. Nur noch 432 Plätze teilen sich dann Karlstor, Gloria und Kamera. Keines davon zeigt Blockbuster-Filme.

Soviel zur Chronologie der Filmkrise – ein Trauerspiel, nicht nur für Cineasten. Wünschenswert wäre, wenn auch Theresia Bauer davon Kenntnis nähme und die dahinscheidende ehemalige Kinohochburg nicht nur für die letzten Lebenszeichen lobte, sondern echte Vorschläge zu ihrer Gesundung machte. Heidelberg ist keine Kinostadt.

Zettel-Kunst und Zeitwille

Von einsamen Bäumen und verschenktem Glück

Seit Kurzem manifestiert sich der Zeitwille in Heidelberg auf Abreißzetteln. Diese hängen an Baumstämmen und wenden sich an Passanten mit der Aufforderung: „Umarme mich“. Oder man findet sie an Wänden nächtlich frequentierter Lokalitäten. „Tanzen ist die senkrechte Ausführung eines waagrecht Verlangens“, „Ich hab Lust, hast du Laune?“ oder „Sinn, Liebe & Glück – kostenlos zum Mitnehmen“ heißt dann die Botschaft.

Können Bäume einsam sein? Kann man Sinn, Liebe und Glück

einfach so verschenken? Via Papier? Und ohne unterschwellige Verkaufsabsichten? Anscheinend schon. Warum nicht einmal spontan einem wildfremden Fetzen Papier einen symbolischen Wert beimessen und sich über das geschenkte Glück freuen? Und sei es nur, weil man soeben in einem Zufallsmoment auf die charmanten Gedanken aufmerksam geworden ist.

Absender dieser eigenwillig direkten Botschaften ist das Künstlerkollektiv *zeitwille*. Die Fotos der Aktionen werden im Internet über

den gleichnamigen Blog und das Facebook-Profil „Zeitwille Punkt“ verbreitet. Dabei sehen sich die Handelnden lediglich als Medium, durch das der Zeitwille zu seinem Ausdruck findet. „Wir verwirklichen Denkanstöße, die für den Menschen existenziell sind. Wir sprechen Grundbedürfnisse an. Es stellt sich die philosophische Frage nach dem Sinn des Seins. Im Grunde müsste jeder selbst darauf kommen. Da sich das derzeitige kollektive Bewusstsein aber in Richtung einer unbewussten Wahrnehmung entwickelt, war es Zeit für unsere Aktion.“

Die Zettel-Aktionisten sammeln ihre Ideen im Austausch mit allem, was sie tagtäglich und nachts umgibt. Spontane Gedanken oder flüchtige Gesprächsfragmente werden aufgeschnappt und in einen neuen appellativen sowie ästhetischen Zusammenhang gestellt. Nüchtern stellen sie fest: „Das künstlerische Wirken ist seinem Wesen nach ganz unpersönlich. Es ist reiner Träger eines Zeitwillens. Hierin liegt dessen tiefste Bedeutung. Nur so kann das Wirken zum Symbol seiner Zeit werden.“ Inspiriert von dem modernen Architekten Ludwig Mies van der Rohe meinen sie, dass die Zeit reif für einen neuen Realismus sei: „Unsere Zeit ist unpathetisch. Unsere Zeit ist bemessen. Unsere Zeit ist jetzt. Wir schätzen nicht den großen Schwung, sondern die Vernunft und das Reale.“ Das klingt existenzialistisch. Und tatsächlich befindet sich auf einem der Abreißzettel auch ein Zitat von Jean-Paul Sartre: „Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere.“ (katz)



Foto: zeitwille

Unpathetische Großzügigkeit: „Papierfetzen! Nimm so viel du willst“

Kurse zum

LATINUM + GRAECUM

während der Semesterferien und semesterbegleitend

- * für Anfänger und Fortgeschrittene
- * kleine Arbeitsgruppen
- * soziale Beiträge + Lernmittelfreiheit
- * erfahrene Dozenten

HEIDELBERGER PÄDAGOGIUM

69120 Heidelberg, Schröderstr. 22a, Tel.: 45 68-0, Fax: 45 68-19

www.heidelberger-paedagogium.de



Bären-Treff®

Der Fruchtgummi-Laden
Heidelberg • Hauptstr. 144
Tel. u. Fax 06221/164209

Fröhliche Weihnachten!

www.baeren-treff.de

heidelberg@baeren-treff.de

Mehr auf www.ruprecht.de

Gegensätzliche Genialität

Auf dem Musikfestival „Enjoy Jazz“ wird nicht nur Jazz gespielt

Es ist mehr als nur irgendein Jazz-Festival. Zum dreizehnten Mal kommen zu „Enjoy Jazz“ Künstler aus aller Welt zusammen, die vor allem eines verbindet: die Freude an musikalischen Experimenten. Ein Erlebnis für Freunde anspruchsvoller, vielseitiger Musik.

Einmal im Jahr, zwischen Oktober und November, wird die Metropolregion Rhein-Neckar zu einem Bollwerk für gute Musik. Das Festival „Enjoy Jazz“ fand in diesem Jahr zum dreizehnten Mal statt. Doch es stand nicht nur klassischer Jazz auf dem Programm. Es wurden Brücken geschlagen zu allen anderen Musikgenres, ganz gleich, ob Rock, Folk oder Hip-Hop. Internationale Größen und neu entdeckte Talente gaben sich Instrument und Mikrofon in die Hand und sorgten für ein vielseitiges Festivalprogramm.

Es fällt schwer, einzelne Künstler aus dem spannenden Line-Up herauszustellen. Da ist zum Beispiel Bill Callahan, der Songwriter, der früher unter dem Pseudonym „Smog“ von sich reden machte und seine neusten Platten unter Realnamen veröffentlicht.

Er tritt im Karlsruhbahnhof in Heidelberg auf die Bühne und mit dem ersten Akkord, dem ersten Wort sind die Zuschauer in der Musik versunken. Zwar steht Bill Callahan für ruhigen Lo-Fi, doch der wird nie langweilig, weil die Musik trotzdem unglaublich dicht wirkt. Das liegt natürlich an der tragenden Baritonstimme Callahans,

die man dem schwächigen Mann gar nicht zutrauen mag. Das liegt an den lyrischen Texten, die viel intelligenter sind als vor Gemeinplätzen



Steve Coleman ist längst auf dem Jazz-Olymp angekommen.

triefendes Pop-Einerlei. Das liegt an seiner Rhythmusgitarre, die oft Strukturen jenseits des typischen Folk-Geschrammels schafft. Nicht

zuletzt liegt es aber auch an seinen hervorragenden Mitmusikern. Matt Kinsey spielt eine bluesige E-Gitarre, die nach Wüste klingt, nach weitem Land, Sehnsucht und Rastlosigkeit. Neal Morgan bedient sein Schlagzeug mit viel Understatement. Ist selten im Vordergrund, doch stets hochkonzentriert. Die beiden

bekommen auch Gelegenheit ihr Können zu zeigen. Denn Callahans Songs lösen sich häufig von der klassischen Liedstruktur, sie

fransen aus, verlieren sich in Improvisationen. Die E-Gitarre heult auf, wird stellenweise psychedelisch. Neal Morgan bricht aus wie ein Vulkan. Punktgenau findet das Trio jedoch stets wieder zu Strophe und Refrain zurück. Kein Zweifel, hier sind Meister am Werk.

Ein anderer Höhepunkt des Festivals ist sicherlich das Konzert von Steve Coleman and Reflex. Längst hat sich Steve Coleman am Saxophon seinen Platz im Jazz-Olymp erspielt. Doch auch hier ist die Band des Stars mehr als nur Begleitung. Marcus Gilmore am Schlagzeug scheint über mehr als zwei Arme und das Taktgefühl eines Schweizer Uhrwerks zu verfügen. Er sorgt für den interessantesten, häufig gebrochenen Rhythmus, der für Colemans Bands typisch ist. Er hält, wie man so schön sagt, alles zusammen. Jede Synkope, jede Triole kommt genau. Besser kann ein Schlagzeuger nicht sein. David Virelles legt am Piano das harmonische Fundament des Trios. Durch ein Keyboard ist der ihm zu Verfügung stehende Tonumfang erweitert. Häufig übernimmt er so zusätzlich den Part eines Bassisten, weshalb man sich keinen Augenblick lang einen vierten Musiker auf die Bühne wünscht. Darüber spielt Steve Coleman und zeigt all sein Können und all seine Vielseitigkeit an diesem Abend. Mal legt sich das Saxophon sanft auf den Rhyth-

mus der Begleitband, mal schraubt es sich daraus auf. Sanfte Balladen wechseln sich ab mit Funk und exotischen Harmonien, die unmerklich – wenn man es bemerkt, ist es schon passiert – ineinander überfließen. Coleman verweigert gleichsam dem Zuhörer die Tonika, den beruhigenden Grundton. Kein Stück endet an diesem Abend, stets entwickelt sich aus dem alten ein neues, so als gäbe es kein Anfang und kein Ende, als sei alles beliebig fortsetzbar und nur ein Ausschnitt eines größeren Ganzen. Selbstverständlich ist das keine Musik, die nur so nebenbei laufen kann. Der Zuhörer muss sich auf das ganze Konzert, das immerhin seine zweieinhalb Stunden dauert, voll konzentrieren. Doch wer sich auf Coleman und seine Band einlässt, der bekommt ein musikalisches Erlebnis geboten, das in der Erinnerung noch lang nachklingt.

Eines verbindet Steve Coleman und Bill Callahan trotz ihres unterschiedlichen Stils: Ein Denken und experimentieren über gängige Genre-Grenzen hinweg. Coleman bezeichnet seine Musik selbst nicht einmal als „Jazz“. Er sieht sie als Bestandteil eines größeren Ganzen.

Derselbe Habitus ist es auch, der das Festival sehens- und hörensenswert macht. Es herrscht gegensätzliche Genialität. Und das ist gut so. (Isp)

Schönes Versprechen, hässliche Realität

Eine Podiumsdiskussion verdeutlicht die Flüchtlingsproblematik in Europa

43,7 Millionen Menschen, mehr als die Gesamtbevölkerung Polens, befinden sich gemäß des UNHCR weltweit auf der Flucht.

Ein Grund über Flüchtlingspolitik und deren Umsetzung, besonders in Deutschland, nachzudenken. Ergebnis: Es wird nicht genug getan!

Hört man: „Über 5000 Flüchtlinge sind, ausgelöst durch den Arabischen Frühling in Libyen, zwangsweise in Ägypten und Tunesien gestrandet“, dann mag man Betroffenheit fühlen. Erfährt man allerdings, dass bisher sieben von 27 EU-Staaten insgesamt nur 400 Aufnahmeplätze für die Flüchtlinge angeboten haben, darf man Unverständnis zeigen. Weiß man jetzt noch, Deutschland war keines dieser Länder, ist es durchaus angebracht vor Scham den Kopf zu senken.

Auch die hiesige Hochschulgruppe von Amnesty International findet dies bedenkenswert und lud deswegen am 15. November um 19:30 Uhr unter dem Titel „Recht auf Asyl - Bloßes Versprechen oder Realität“ zur Podiumsdiskussion in die Heidelberger Volkshochschule. Ungefähr 100 Interessierte fanden sich dort im Saal ein um Josef Winkler (Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen), Nikolaos Sakellariou (Landtagsabgeordneter der SPD), Berthold Münch (Rechtsanwalt), sowie Gudrun Sidrassi-Harth (Amnesty International, Landesbeauftragte BW für politische Flüchtlinge) debattieren zu hören. Moderiert wurde der Abend vom Dekanat der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg: Dr. Rainer Keil.

Doch eine Diskussion wurde es nicht, vielmehr ein gemeinsames Ansprechen der Probleme, eine meist einstimmige Kritik der gegenwärtigen europäischen

und innerdeutschen Situation der Flüchtlingspolitik und ein Aufruf zu besserem Umgang mit Flüchtlingen und Asylanträgen. Einzig Landtagsabgeordneter Sakellariou wurde teilweise in die Defensive gezwungen, da er als einziger Teilnehmer und Mitglied einer gegenwärtigen Regierungskoalition die unmittelbare Möglichkeit zur Änderung der aktuellen Gesetzeslage hat, zumindest in Baden-Württemberg.

Ebenfalls verstärkt wurde die überwiegende Übereinstimmung des Abends durch die Abwesenheit von Repräsentanten anderer Parteien wie der CDU oder FDP. Jedoch hatte die Amnesty-Hochschulgruppe bei genannten Parteien nachgefragt, ob denn Interesse für eine Teilnahme an der Podiumsdiskussion bestehe.

Trotzdem und vielleicht gerade wegen dem Ausbleiben von möglichen Schuldzuweisungen zwischen den verschiedenen Parteien, wurde an diesem Abend eine wichtige Debatte geführt, bei der prägnante Themen innerhalb der Flüchtlingsproblematik, wie die Dublin-II-Verordnung, klar angesprochen wurden. Diese regelt die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für Asylbewerber in der Europäischen Union und bestimmt, dass Asylanträge in dem Land bearbeitet werden müssen, wo die Flüchtlinge zuerst eintreffen, auch wenn ein Asylantrag in einem anderen Mitgliedsstaat der EU gestellt wurde. Problematisch ist hier vor allem eine

einseitige Verteilung der Asylanträge auf Länder wie Spanien, Italien und Griechenland, was zu deren Überlastung führen kann. Ursache hierfür ist laut dem Rechtsanwalt Münch ein fehlendes europainternes Ausgleichssystem. Speziell Griechenland muss wegen seines Umgangs mit Flüchtlingen harsch kritisiert werden und Bundestagsabgeordneter Winkler bescheinigte dem dortigen Asylverfahren ebenfalls „kafkaeske Züge“ und berichtete von dort herrschenden „unmenschlichen Bedingungen“.

Des Weiteren mahnt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zur näheren Betrachtung, welches die Sozialleistungen für hilfsbedürftige Asylbewerber und Geduldete auf Bundesebene bestimmt und diesen ein Existenzminimum sichern soll. Die Sozialleistungen werden überwiegend durch Sachleistungen erbracht, zum Beispiel in Form von Gutscheinen. Höchst bedenklich ist hier, dass die Leistungssätze seit 1993 nicht an die Preisentwicklung angepasst wurden. Auch Herr Münch bezeichnete das AsylbLG als „einziges Gesetz in dem noch D-Mark statt Euro“ stehe.

Anzuprangern ist zudem das mangelnde Engagement der Entscheidungsträger das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzuschalten, um sich mit dem Gesetz beschäftigen, obwohl es mehrere Landesgerichte als verfassungswidrig charakterisierten, da es das geforderte Existenzminimum nicht gewährleistet.

Ein weiteres Diskussionsthema ist die Frage nach der sogenannten Residenzpflicht, welche innerhalb der EU nur in Deutschland existiert

und Asylbewerber und Geduldete dazu verpflichtet, sich in dem Bezirk oder Landkreis aufzuhalten, in dem die für ihn befugte Ausländerbehörde liegt. Ausflüge in eine andere Region macht sie anmeldepflichtig und gebührenpflichtig. Auf den ersten Verstoß droht eine Bußgeldstrafe – der zweite ist eine Straftat. Herr Sakellariou versicherte aber, dass die Residenzpflicht in Baden-

Württemberg abgeschafft wird.

Insgesamt hat die Podiumsdiskussion eindeutig gezeigt: Einiges muss noch verbessert werden, wenn aus der hässlichen Realität, die viele Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland und Europa erleben, eine zukunftsfähige Gegenwart werden soll. Gut, wenn man darüber redet. Noch besser, wenn etwas getan wird! (far)




Hochschulteam - nächste Infoveranstaltungen

06.12. Workshop Selfmarketing
Martina Hampel, Betriebspädagogin
AA Heidelberg (ganztags)
Anmeldung per E-Mail!

13.12. Die Bewerbungsmappe
Petra Kuhn und H. J. Böhrer, AA HD
Neue Uni, HS 02, 18:00 Uhr
Ohne Anmeldung!

14.12. Check der Bewerbungsunterlagen
AA Heidelberg, Termine n. V.
Anmeldung per E-Mail!

E-Mail: Heidelberg.Hochschulteam@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de

 **Bundesagentur für Arbeit**

„Theater ist einfach geil!“

Der neue Heidelberger Theaterintendant Holger Schultze im Interview

Noch immer befindet sich das Heidelberger Theater im Umbau. Holger Schultze empfängt uns deshalb in seinem derzeitigen Büro am Opernzelt und spricht über seine künstlerischen Pläne.

Das Gespräch führten Isabella Freiling und Kai Gräf

Herr Schultze, warum Theater?

Das Theater ist einer der letzten Orte des Diskurses in unserer Gesellschaft, ein Ort, an dem es eine Reflexion über die Gesellschaft und gesellschaftliche Prozesse gibt. Es ist ein Ort, an dem das, was wir erleben, was wir an Hoffnung, Träumen, Wünschen haben, in eine Form gepackt und erlebbar gemacht wird. Natürlich ist Theater auch wichtig, weil es die Bedeutung eines kollektiven Gedächtnisses hat - es ist immerhin eine Kultur von über 2000 Jahren, mit der man sich auch beschäftigen sollte. Außerdem: was kann man denn Schöneres tun, als am Abend ins Theater zu gehen? Am besten jeden Abend! Theater ist einfach geil!

Warum Heidelberg?

Heidelberg interessiert mich, weil hier ein neues Theater gebaut wird und weil die Lage einzigartig ist in Deutschland - man hat hier ein Ballungszentrum an Theatern, und letztendlich hat Heidelberg einen ganz großen Ruf. Des Weiteren interessiert mich die Internationalität der Stadt, mich interessiert, dass es eine Studentenstadt ist, dass man

hier junge Leute hat, die natürlich auch für eine andere inhaltliche Aufarbeitung stehen.

Warum Sie?

Das müssen Sie eher die Stadt fragen als mich. Wahrscheinlich, weil ich jemand bin, der sich viel mit zeitgenössischem Theater und neuen Theaterformen beschäftigt, jemand dem alle Sparten wichtig sind. Aber letzten Endes kann man ja selbst nie beantworten - ich würde die Frage an diejenigen weitergeben, die mich gewählt haben!

Ihr Vorgänger Peter Spuhler galt als beliebt und erfolgreich. Was wollen Sie da anders machen?

Wir machen schon viel anders. Ich finde zum Beispiel, dass das Theater noch nicht an den Grenzen der Zuschauerzahlen ist. Wir haben in den ersten zwei Monaten über 3000 Zuschauer dazu gewonnen, das ist beachtlich. Mein Vorgänger hat mit großem Einsatz für ein neues Haus gekämpft. Meine Luxusituation ist, dass ich mich jetzt um die Inhalte kümmern kann. Das heißt: neue Autoren, den Heidelberger Stückemarkt neu strukturieren und auch

die Frage, wie wir gezielter mit der Universität zusammenarbeiten können. Im Augenblick arbeiten wir daran, Kooperationen mit Schulen aufzubauen. Wir versuchen uns an neuen Marketing-Strategien, im Zentrum steht aber natürlich die Produktion auf der Bühne. Ich wünsche mir ein Konzept von Alt und Jung, wir haben ja sowohl junge als auch sehr erfahrene Schauspieler. Im Augenblick haben wir im Schauspiel Leute aus den ersten Häusern Deutschlands.

Wie genau stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der Universität vor?

Ab Januar wollen wir uns ganz konkret mit den einzelnen Fachbereichen zusammensetzen und Projekte entwickeln. Außerdem möchte ich ab dem nächsten Jahr eine gemeinsame Woche einführen, um Studenten besondere Möglichkeiten zu geben, das Theater kennenzulernen. Was wir jetzt schon haben, ist ein fester Ort in der Universität, an dem wir auf das Theater aufmerksam machen. Ich kann mir auch eine Singlebörse vorstellen, nach dem Motto: Ich gehe heute Abend ins Theater - wer kommt mit? Der Versuch ist, das, was eine Universität inhaltlich zu bieten hat, mit der Kultur zu verknüpfen. Es geht vor allem um eine inhaltliche Verbindung.

Wie lange wird der Umbau eigentlich noch dauern?

Ende nächsten Jahres werden wir in das neue Theater einziehen können.

Was passiert dann mit den anderen Spielstätten?

Zwinger 1 und 3 wird es weiterhin geben, das Theaterkino werden wir aus Personalgründen aufgeben müssen. Das Opernzelt wird weiterziehen, weil es ja immer bei Umbauten genutzt wird. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, auch andere Räume zu bespielen - ich habe ein Theaterfestival eröffnet, bei dem wir Straßenbahnen, Busse und Schiffe bespielt haben. Das ist eine Theaterform, die ich sehr mag und auch weiterhin betreiben möchte.

Sie haben vom Theater als Ort des Diskurses und der Reflexion gesprochen. Betrachten wir die Zuschauerzahlen: Erleben wir nicht eigentlich eine Abstimmung gegen das Theater, wenn immer weniger junge Leute hingehen?

Woher nehmen Sie diese Zahlen? Die Behauptung stimmt doch hinten und vorne nicht. Wenn wir die Zahlen von Theatern und Fußballstadien deutschlandweit vergleichen, ist es bis heute so, dass es jährlich mehr Theaterzuschauer als Zuschauer bei Fußballspielen

gibt. So schlecht steht es also nicht um das Theater. Es ist wichtig, dass wir mit Schulen und Universitäten zusammenarbeiten, denn es gibt das Problem, dass viele junge Leute mit dem Theater nicht mehr in Kontakt kommen. In dem Moment, in dem man damit in Berührung kommt, infiziert Theater sofort!



Zuvor in Osnabrück, seit 2011 am Heidelberger Theater: Holger Schultze.

Lissie

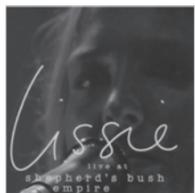
Live at Shepherd's Bush Empire

Lissie schafft, woran so viele Musiker krampfhaft scheitern: Sie macht einfach gute Musik. Sie beherrscht ihre Gitarre, ihre Stimme ist bisweilen verträumter als man es diesem zierlichen, blonden Hippie-Mädchen zugestehen möchte und sie schreibt ihre Stücke selbst. Sie wagt sich an große Cover und schafft es dabei sogar, aktuellen Pop-Hits wie Lady Gagas „Bad Romance“ eine neue, gelungene Rock-Seite abzugewinnen.

Live auf der Bühne spielt sie sich in Ekstase, während ihre Jungs sich an Gitarre und Bass sich in minutenlange Gitarren-Soli hineinsteigern. Und wirkt dabei - anders als die meisten Indie-Alternative-Sternchen - nicht bemüht. Vielleicht liegt das an ihrer eher unpräzisen Herkunft aus der tiefen Mitte der USA, die sich (auch) in den gelegentlichen Country-Elementen ihrer Stücke widerspiegelt.

War ihr erstes Studio-Album noch sehr poppig abgemischt und irgendwie zu glattgebügelt, überzeugt ihr Live-Album ungleich mehr. Bei ruhigen Stücken wie „Here before“ zeigt Lissie ihr stimmliches Können, während „Bully“ und „In sleep“ durch das virtuose Spiel ihrer Band-Kollegen Erinnerungen an eine lange zurückliegende E-Gitarren-Ära wachrufen.

Wer Lissie noch nicht live erlebt hat, kann daher jetzt dank des auch als DVD beiliegenden Konzertmitschnitts aus dem altherwürdigen Londoner Shepherd's Bush Empire eine selten gewordene musikalische Reise antreten - mit einem rockenden Hippie-Mädchen und ihren zotteligen Gitarrenisten. (bju)



Los Campesinos!

Hello Sadness

Zwei Jahre sind seit dem Vorgängeralbum „Romance is boring“ vergangen. Ironischerweise widmen sich Los Campesinos! nun auf „Hello Sadness“ dem Liebeskummer und gebrochenen Herzen. Nachdem sie von ihren Bandmitgliedern Aleksandra, Ollie und Harriet verlassen wurden, mussten sich die Indie-Popper schließlich mit Trennungsschmerz auseinandersetzen.

Im Gegensatz zu früher lässt die Band nun die Stimme von Sänger Gareth mehr zur Geltung kommen. Eröffnet wird die Platte aber mit einem gewohnt mehrstimmigen Gesang: Bei „By your hand“ stehen fröhliche, zuversichtliche Melodien im Kontrast zu einem trauernden Liedtext. „Songs about your girlfriend“ ist ein Ohrwurm, gerade die Liedzeile „The ripping from my broken heart is never running dry“ geht einem nicht so schnell aus dem Kopf. „Hello Sadness“ ist energiegeladener und eines der Highlights, ebenso wie „Life is a long time“, das ein bisschen an die Shout Out Louds erinnert. Der Longplayer endet mit „Light leaves, dark seas“, das nur so vor Selbstmitleid trieft.

Denjenigen, die gerade selbst mit einer Trennung kämpfen müssen, spendet die Platte sicherlich Trost. Die Liedauswahl ist abwechslungsreich, die Texte größtenteils einfallreich. Und doch fehlt hier das gewisse Etwas, das „Hello Sadness“ aus der Mittelmäßigkeit herauskatapultiert.

Hoffentlich haben die Waliser bis zum nächsten Album ihren Herzschmerz überwunden und machen bald wieder den fröhlichen Indie-Pop, den wir von Ihnen kennen. (col)



Culcha Candela

Flätrate

Sie nennen sich die „Hit-Lieferanten“ und singen vom „Verdammt guten Tag“. Das hört sich verdammt nach Format an. Ein Blick auf die CD-Rückseite genügt: Gebacken werden die „Hits“ bei Mama Universal im Sublabel Urban. Auch Sido, Jan Delay oder Rihanna werden hier betreut. Die Plattenfirma verortet ihr Produkt wohl unter R&B, Dub oder Dancehall. Treffender wäre durchdigitalisierter Neuzeit-Schlager und Ringtone-Reggaeton.

Beginnen wir beim Titellied: „Flätrate“ nimmt auf ironische Weise die Pauschaltarif-Kultur auf die Schippe. Amüsant dabei ist, dass sich das ganze Album genau in diesem bemüht originellen Humor suhlt: „Je flacher, desto besser“ lautet das Motto.

Was Culcha Candela vor allem liefern, ist ein Haufen abgrundtief plumper Rhetorik: „Ich will nur eine mit Herz, Kopf, Arsch und Pepp. Draußen Prinzessin und ‚n Freak in meinem Bett“, heißt es in „Wildes Ding“. Der Song „Megaherz“ soll eine Liebeserklärung sein, wobei nicht ganz klar wird, ob sich diese an ein menschliches Wesen richtet oder doch an das neue Smartphone.

Zwar gibt manch spaßiger Reim durchaus Anlass zum Grinsen, doch ist der Stil meistens unbeholfen und inhaltlich dominieren die üblichen Themen: Party, Bräute, Chillen. Culcha Candela sind eine Band mit Starattitüden von vorgestern. Sechs berufsbedingt in der Pubertät verharrende Jungs, die vorgeben, „Musik“ zu machen, tatsächlich jedoch lediglich mal auf dem BRAVO-Cover landen wollen. (kaz)



— lichtspielhaus —



London Boulevard

Mitch (Colin Farrell) wird nach drei Jahren hinter Gittern aus dem Gefängnis entlassen. Nun will der ehemalige Gangster aus Südlondon sein Leben als freier Mann in geregelte Bahnen lenken. Sein langjähriger Kumpel Billy verhilft ihm zu einer Wohnung und durch Zufall gelangt Mitch an einen sauberen und legalen Job.

Die bildhübsche sowie sehr zurückgezogene lebende Actrice Charlotte (Keira Knightley) heuert ihn als Bodyguard an, um Papparazzi von ihrem Anwesen im wohlhabenden Holland Park in London fernzuhalten. Mitch verliebt sich in die Schauspielerin und schützt sie sogar vor einem Raubüberfall seines Kumpels Billy, der es auf ihre teuren Autos abgesehen hat. Der Gangsterboss Gant (Ray Winstone) wittert Mitchs Talent und befiehlt ihm, seiner Gang beizutreten. Schnell merkt Mitch, dass Widerstand ihn und seine Nahestehenden das Leben kosten würde. Obwohl Mitch seiner alten Existenz entsagt hat, versinkt er wieder vollständig im Sumpf der Kriminalität.

Neu erfunden hat William Monahan das Genre des Gangsterfilms mit „London Boulevard“ sicherlich nicht. Zwar ist der Streifen für ein Regiedebüt akzeptabel, aber nicht vollkommen befriedigend. Während die Liebesgeschichte, die immer nur marginal Raum findet und von zahlreichen Gewaltszenen zurückgedrängt wird, aufgrund fehlender Chemie zwischen Knightley und Farrell einen blassen Eindruck vermittelt, gibt es eine profilierte Riege an Nebendarstellern, die man

ausgiebiger hätte einsetzen können. Allen voran sei David Thewlis (Naked, Harry Potter) genannt, der hier als bester Freund und Mitbewohner der öffentlichkeitsscheuen Schauspielerin Charlotte brilliert.

Das größte Manko der Roman-Adaption ist das Drehbuch. Das raue Setting Londons und der dunkle britische Humor werden dem Film zwar auf, doch wird „London Boulevard“ zu sehr von ausufernden Dialogen, zu vielen Subplots und



Foto: Verleih

einer vorhersehbaren Handlung durchzecht.

Schade ist auch die unzureichende Skizzierung von Beziehungen und Charakteren. Insgesamt entsteht ein etwas oberflächlicher, aber durchaus kurzweiliger Film. Es fehlt ihm schlichtweg an Substanz, um sich vom Durchschnitt abzuheben.

Mit Martin Scorseses „Departed“, der ironischerweise ebenfalls aus der Feder Monahans stammt und inzwischen zweifellos zum Genreklassiker avanciert ist, kann „London Boulevard“ nicht verglichen werden. (mim)

Alltag im Schatten der Unruhen

Das ägyptische Volk kämpft weiter für einen Neuanfang in Freiheit

Der 28. November 2011 war ein historisches Ereignis für Ägypten. An diesem Tag begann die vierstufige Parlamentswahl. Es sind die ersten freien Wahlen seit über 30 Jahren. Viele Hoffnungen und Wünsche für eine bessere Zukunft sind an diesen Tag geknüpft – mit offenem Ausgang.

Von Stephanie Müller aus Kairo (Ägypten)

In Ägypten ist die zweite Revolution in vollem Gange: Noch immer harren einige hundert Menschen auf dem Tahrir-Platz im Zentrum der Hauptstadt Kairo aus und fordern die Machtübergabe des Militärs an eine zivile Regierung. Doch heute liegt die mediale Aufmerksamkeit nicht auf dem Tahrir-Platz, sondern konzentriert sich auf Schulen oder Versammlungshallen, vor denen die Menschen aus Kairo, Alexandria und den anderen großen Städten des Landes geduldig stundenlang Schlange stehen, um ihre Stimme für eine der über 50 verschiedenen Parteien abzugeben. Die besten Wahlchancen werden der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, die häufig nur als Muslimbrüderschaft bekannt ist, eingeräumt. Über diese Partei wurde besonders in ausländischen Medien, stets verbunden mit den Zweifeln an ihren demokratischen Absichten, viel berichtet. Die Ägypter betrachten die Muslimbrüderschaft gar nicht so sorgenvoll, wie die Ägypterin Heba Afifi berichtet: „Die Muslimbrüder sind meiner Meinung nach sehr moderat. Ob sie demokratische Absichten verfolgen oder nicht, kann man weder bei ihnen beurteilen noch bei den anderen Parteien. Die Besorgnis ge-

genüber den Muslimbrüdern finde ich sehr übertrieben.“

Noch vor Tagen überstürzten sich die Ereignisse. Hunderttausende Menschen strömten auf den Tahrir-Platz, nachdem bei einer friedlichen Demonstration die Polizei anfangs gewaltsam gegen die Demonstranten vorgehen wollte. Die Protestierenden jedoch, die eine zivile Übergangsregierung fordern und sich für die Absetzung des hohen Militärrates mit Mohamed Hussein Tantawi an seiner Spitze einsetzen, kamen auf den Platz zurück. Dies war der Beginn der Straßenschlachten, bei denen nach Schätzungen bis zu 100 Menschen gestorben sind. Mohamed Hussein Tantawi war fast 20 Jahre unter Präsident Husni Mubarak Verteidigungsminister, daher verlangen die Demonstranten seinen Rücktritt. „Ich sehe in ihm und dem Militärrat die Fortsetzung des Mubarak-Regimes“, sagt Menna Gad, Absolventin der Helwan Universität in Kairo.

Der arabische Fernsehsender Al-Dschasira und YouTube Videos zeigen, wie die Polizei häufig willkürlich und mit äußerster Härte gegen Demonstranten vorgeht. Besonders das eingesetzte Tränengas CR Gas kann zu erheblichen gesundheitlichen Schäden und auch zum Tode führen. Sein Einsatz für militärische Zwecke ist seit der Chemiewaffenkonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1993 im Kriegsfall verboten. Gegen die eigene Bevölkerung wird es jedoch noch eingesetzt, neben Ägypten unter anderem auch in Nordkorea, Somalia und Syrien.

Der junge Ägypter Abdel Rahman Fatoum demonstrierte viele Tage auf dem Tahrir-Platz. „Auf dem Platz kann man den echten



Foto: stm

Auf diese friedliche Freitagsdemonstration folgten in der Nacht gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Kern der Ägypter entdecken. Wie sie ihr Land verteidigen, wie sie sich gegenseitig helfen. Ich bin erst dorthin gegangen, nachdem Demonstranten ums Leben gekommen sind“ sagt er.

Auch viele deutsche Austauschstudenten beeindruckt die Solidarität der Ägypter. „Beispielsweise kochen unsere Vermieter haufenweise Essen und bringen es zum Tahrir-Platz. Die Leute spenden Blut oder starten auch private Spendenaktionen für Medikamente und Lebensmittel“, sagt Claudia Kreuzer, Tutorin an der Deutschabteilung der Kairoer Ain Shams Universität.

Aber nicht alle Ägypter stehen hinter den Demonstranten. Einige, wie Abdel Rahman Fatoum, waren zuerst sogar gegen die Kundgebungen. „Anfangs fand ich es etwas übertrieben. Ehrlich gesagt, hatte ich die Nase voll, dass jeden Freitag unter einem neuen Motto und neuen Forderungen demonstriert wird. Wegen lauter Demos kommt nichts in Gang. Man muss auch etwas Geduld haben.“ Heba Afifi ergänzt: „Man kann nicht sagen, dass das ganze Land hinter den Demonstranten steht. Viele Ägypter wollen Stabilität und glauben, dass die Massenkundgebungen nur zu mehr Unruhen und Spaltungen führen.“

Auch wenn auf dem Tahrir-Platz

und in der Straße vor dem Innenministerium kriegsähnliche Zustände herrschen, kaufen einige hundert Meter weiter Menschen ungestört ein, sitzen in Cafés, rauchen Schischa und trinken Tee. Diese Situation mag surreal erscheinen, aber Kairo ist eine Metropole mit ungefähr 20 Millionen Einwohnern. Das normale Leben geht bei vielen Menschen einfach weiter, auch weil die Ausschreitungen entgegen dem Anschein ausländischer Medienberichte sehr lokal begrenzt sind. Viele Ägypter können es sich zudem nicht leisten, einen Tag nicht zu arbeiten. Sie brauchen das Geld dringend, um ihre Familien zu ernähren.

Es ist schon ein seltsames Gefühl, wenn man durch die Straßen läuft, in denen es aussieht wie immer und Menschen ihren täglichen Geschäften nachgehen, während knapp 500 Meter Luftlinie weiter Menschen sterben. „Ich fühle mich in Kairo trotz der aktuellen Lage relativ sicher und nicht direkt gefährdet oder bedroht, auch wenn die Berichte der Medien die Demonstrationen erscheinen lassen, als wäre in Ägypten der Krieg ausgebrochen“, sagt Claudia Kreuzer und ergänzt: „Ich kann mich an keine Situation erinnern, in der ich wirklich Angst hatte. Die Unruhen konzentrieren sich auf den Platz. Schon einige 100 Meter davon entfernt bekommen

wir so gut wie nichts mehr davon mit.“ Durch die Medien wird man leicht eingeschüchert. Das alltägliche Leben ist kaum beeinflusst, abgesehen von den gelegentlichen Spuren von Tränengas in der Luft und in den U-Bahn Schächten. Den größten spürbaren Effekt haben die Demonstrationen auf den Verkehr in Kairo. Es herrscht Stau auf allen Straßen. Der Tahrir-Platz als Verkehrsknotenpunkt ist blockiert.

Wie es mit dem Land am Nil weitergeht, weiß keiner. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist groß. „Brot und Gleichheit sowie Freiheit und Demokratie im Rahmen der islamischen Prinzipien“, wünscht sich Heba Afifi. „Eine nationale Regierung, Bestrafung der Mitglieder des alten Systems und Demokratie“, erhofft sich Menna Gad, während Abdel Rahman Fatoum gerne einen ägyptischen Staat nach türkischem Vorbild sehen würde, einen Staat also, in dem Religion wichtig ist, aber dabei nicht die Staatsstruktur beherrscht.

Doch Revolutionen brauchen viel Zeit. Es wird wohl noch Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis der Fortschritt der Frühlingrevolution sichtlich erkennbar ist. Die Zukunft wird zeigen, ob die Ägypter bereit sind so viel Geduld aufzubringen, abzuwarten, zu vertrauen und zu hoffen.



Foto: stm

Alle wollen ein Stück vom Revolutionskuchen.

Impressum



ruprecht, die Heidelberger Studierendenzzeitung, erscheint monatlich (drei Ausgaben) in der Vorlesungszeit. Der ruprecht versteht sich als unabhängige Zeitung, die sich keiner Gruppierung oder Weltanschauung verpflichtet fühlt. Die Redaktion trifft sich während der Vorlesungszeit montags um 20 Uhr im Zentralen Fachschaftenbüro in der Albert-Ueberle-Straße 3-5. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren allein verantwortlich.

Herausgeber: ruprecht e.V.

V.i.S.d.P.: Anna Wüst

Redaktionsadresse: Albert-Ueberle-Straße 3-5, 69120 Heidelberg

Telefon: 06221 / 18 71 310 - 0

E-Mail: post@ruprecht.de

Druck: Greiser-Druck, Rastatt

ISSN: 0947-9570

Auflage: 10000 Exemplare

Homepage: www.ruprecht.de

Redaktion: Anna Wüst (amw), Benjamin Jungbluth (bju), Benjamin Weineck (bw), Corinna Lenz (col), Frederik Görtelmeyer (dfg), Eileen Passlack (epa), Jin Jlussi (jin), Anne Glaser (kaz), Katharina Kolvenbach (kko), Kathrin Wenz (kwe), Marlene Kleiner (len), Michael Abschlag (mab), Michael Graupner (mgr), Michael Mądry (mim), Philine Steeb (phs), Reinhard Lask (rl), Simone Mölbert (smo), Sandra Zimmermann (szi), Christine Buch (tin), Thomas Leurs (tle), Xiaolei Mu (xmu)

Freie Mitarbeiter: Alexandra Jurecko (aju), Rebecca Reinhardt (bec), Madalina Draghici (dra), Darius Dadras (dsd), Felix Arend (far), Franziska Brozio (fbr), Hannes Munzinger (hcm), Isabella Freiling (iso), Kai Gräf (kgr), Lukas Spranger (lsp), Margarete Over (mov), Patricia Jawidowicz (paj), Remmer Janssen (rja), Ziad-Emanuel Farag (zef), Christian Behrens, Thomas Böhme

Redaktionsschluss für die Ausgabe 156: 15. Januar 2012

Personals

jin: Ich glaube, da ist nicht genug Konjunktiv in meinem Artikel!

dsd: Heißt das „gebe“ oder „gäbe“?/

sno: Theresia amet, si. Dunt volestrud dignim acipit nostie do et, sisi. / dsd: Ich hab nicht mal alle Wörter verstanden, die du gesagt hast!

amw@tin: Du hast den Artikel doch gelesen! Wir brauchen noch eine Überschrift. / tin: Ja, worum gehts?

tom: Ein Foto dürft ihr von mir nicht machen, aber meinen Daumen würd ich hergeben. / kko: Du Hand-Schlampe!

kko: Theresia Bauer ist der schlechteste Redner, den ich je gehört hab! / tom: Ist halt ein Bauer!

sno: Wir müssen die Bilder alle noch in CMYK umwandeln! Das sind voll viele. Ich fang mal oben an... / len: Ich mach mal von FDP bis Hitler.

tom: Wo ist die Bombe bei den Personals hin?/ tin: Ich hab sie! Auf meinem PC!/ smo: Wenn das der Verfassungsschutz sieht...



Über national-sozialistische Völkermord

an den Sinti und Roma Ausstellung

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg
Di 9.30-19.45 Uhr, Mi, Do, Fr 9.30-16.30 Uhr, Sa, So 11.00-16.30 Uhr
(Mo und an gesetzlichen Feiertagen geschlossen); Eintritt frei
www.sintiundroma.de

Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Facebook ist aus der heutigen Welt kaum noch wegzudenken. Auch viele Politiker, Promis und Päpste haben die Bedeutung dieses globalen Netzwerkes erkannt. Anlässlich der Eröffnung unserer Facebook-Seite haben wir das Jahr 2011 zum „Jahr des Facebook“ ernannt. Als kritische, ausgesprochen investigative Zeitung stehen wir natürlich im engen Kontakt mit den Großen und Mächtigen dieses Planeten.

facebook
Suche
Frohe Weihnachten Freunde finden Startseite



FAVORITEN

Neuigkeiten

- Comics 5
- Das Ende ist nah! 2
- Ich bin blau!

ANWENDUNGEN

- Was ist das?
- Illegales Glücksspiel 1
- Iranische Atomwaffen 2
- Heiße Girls stöhnen live
- Hä? Wer bin? Und wo?
- Termine Saftouren 3
- Langweilige Partys

LISTEN

- Radio
- Dokortitel kaufen 17

GRUPPEN

- Fernsehen 7
- Fernsehen kaputt

Die letzten Fans:
MAB & TLE

Status aktualisieren Foto/Video hinzufügen Frage stellen

Was machst du gerade?

Mutti
Heute rette ich den Euro. Nicht verzagen, Mutti fragen! Schließlich bin ich die Kaiserin von Europa. Höhö...
Gefällt mir Kommentieren um 5 vor 12

Super-Sarko Hey Angela! Ich mach auch mit! Ich gehöre jetzt schließlich auch zu den Großen. Ich darf auch mitspielen. Vive la Grande Nation!
vor 5 Minuten Gefällt mir

Berlusconi Kommt zur Party in meinen Bunga-Bungalow!
vor 4 Minuten Gefällt mir

Adolf H.
Werte Grüße an den Verfassungsschutz. Auf die Jungs vom Amt ist eben einfach noch Verlass!
Gefällt mir Kommentieren seit 5 Uhr 45

Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt gefällt das.

Gadaffi Aua! Blondie hat mich gebissen! Das ist echt die Hölle hier!
vor 10 Stunden Gefällt mir 1

Osama bin L. Lauter Wahnsinnige hier! Und langsam wird's eng.
vor 10 Stunden Gefällt mir 4

Saddam Was machen wir eigentlich hier unten?
vor 9 Stunden Gefällt mir

Stalin Wir warten auf Assad...
vor 9 Stunden Gefällt mir

Schreibe einen Kommentar...

Willi & Kate
Einmal um die Welt
Nichts zu tun
Und viel Geld
Viele Grüße aus den Flitterwochen im sonnigen Afrika, in unseren einstigen Kolonien.
Gefällt mir Kommentieren Freundschaft anzeigen vor 20 Stunden

Queen Mum is amused

Willi II. Ich will auch einen Platz an der Sonne!
vor 23 Stunden Gefällt mir überhaupt nicht

Willi & Kate Ätsch, haste nicht!
vor 21 Stunden Gefällt mir

Marie Antoinette Nur nicht den Kopf verlieren...
Vor 10 Stunden Gefällt mir

Schreibe einen Kommentar...

Benedikt XVI.
Warum hadert mein Volk so mit mir? Dabei habe ich doch nichts gesagt. Nichts zu den Missbrauchsfällen, nichts zu Verhütungsmitteln, Homosexuellen, Frauen und Protestanten. Was muss ich tun, um so beliebt zu werden wie mein Vorgänger?
Gefällt mir Kommentieren Freundschaft anzeigen Gestern um 18:35

Vatikan gefällt das.

Johannes Paul II. Ich habe keine Ahnung...
gestern um 22:03 Gefällt mir

Schreibe einen Kommentar...

FDP Freie Demokratische Partei

Wir geben auf!
Hiermit geben wir unsere Selbstauflösung bekannt. Wir haben erkannt, dass dieser Weg der falsche war und unsere Partei sinnlos ist. Unsere letzten Parteivorsitzenden, der Schwu...äh Schwachsinnige und der Vietnamesische, gaben uns den Rest. Die Trauerfeier findet im engsten Kreise statt. Von Beileidsbekundungen ist abzusehen.
Gefällt mir Kommentieren Teilen 81 702 498 Gestern um 16:45

2 Veranstaltungen diese Woche

Gesponsert Alle anzeigen

KTG-Polit-Simulator
google.com
Bau Mist, bleib kurz weg, komm zurück. Das neue Online-Game. Jetzt kaufen oder illegal kopieren!

Club der toten Despoten
Immer mehr neue Mitglieder!

Werde V-Mann!
Erlebe den spannenden Alltag eines Verfassungsschutz-Mitarbeiters! Die Schwierigkeit: Du bist auf dem rechten Auge blind.

Das Spiel zur Krise
Rette abwechselnd Banken und den Euro. Jetzt mit unendlich vielen Leveln!

Wir sind jetzt auch auf Facebook
Bereits 50 123 456 Mitglieder!